

impresum

out of dahlem: Magazin des AStA der Freien Universität Berlin, Ausgabe 16, Sommersemester 2015

herausgeber_in: Öffentlichkeitsreferat des AStA der Freien Universität Berlin, Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin, Telefon: 030/839 0910, Online: www.astafu.de

redaktion: Jennifer Binsch, Sinje Rückling, Antje Weber

gestaltung: Sinje Rückling

illustrationen: nulltausendnull

fotos: (soweit nicht anders angegeben) umbrucharchiv

kontakt: oeffref@astafu.de

druck: AStA Druckerei

belichtung: Medienraum des RefRat der Humboldt-Universität

redaktionsvorbehalt: Die Artikel spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Redaktion wieder

danke an die Autor_innen und alle, die sonst an der Entstehung der Ausgabe mitgewirkt haben

copyleft: Die abgedruckten Artikel erscheinen mit einer Creative-Commons-Lizenz. Sie dürfen bei Nennung der Autor_innennamen unverändert und nicht-kommerziell weiterverbreitet werden.

eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung so lange Eigentum des_der Absender_in, bis es dem Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die out of dahlem nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem_der Absender_in mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

V.i.S.d.P: AStA Vorsitzender

editorial

Liebe lesende Mitmenschen,

Inhalt

4

Wider die langweiligen Universität

eine Polemik

7

Museen im Kapitalismus

eine Alternative

11

Habt ihr nie studiert?!

Ein Gastbeitrag



20

„Sie wollten uns begraben, aber sie wussten nicht, dass wir Samen sind“

Neoliberalismus und Bildung in Mexiko.

30

Zwischen Angst und Verantwortung

Möglichkeiten radikaler Analyse und Kritik innerhalb der Akademie

38

Schöne neue Chipkartenwelt

CampusCard - jetzt aber wirklich?!

44

Wie Staat, Kapitalismus und Patriarchat überwinden?

Auf der Suche nach Perspektiven bei der kurdischen Bewegung

58

Erziehungswissenschaften und Lehramt im Kapitalismus

Wider die langweilige Universität

eine Polemik

Die Universität ist ein Raum, der über Unmengen an Ressourcen verfügt um Wissen zu produzieren und zu vermitteln. Warum werden diese Ressourcen so wenig genutzt, um kritische Wissenschaft zu betreiben? Vermutlich, weil die Universität kein kritischer Raum (mehr) ist. Und keiner sein soll.

Die BA/MA-Einführung sollte das Studium anders strukturieren, effizienter machen, vergleichbarer. Schneller. Alle lernen nur noch das, was im Studienverlaufsplan steht, keine Exkursionen in andere Studienrichtungen mehr, keine selbst gewählten Schwerpunkte, aber vor allem kein Durchhängen, Hinauszögern, Faulenzen! Keine sieben, acht Jahre Normalstudienzeit und der Steuerzahlerin auf der Tasche liegen. Höchstens fünf Jahre für Bachelor und Master und dann raus auf den Arbeitsmarkt.

Du als Angestellte der Uni

Oder promovieren. Von der Schule an die Uni und alles durchgeplant, die wichtigen Profs herausgefunden, sich im Kurs profiliert, zur studentischen Hilfskraft gemacht. Dann klingelt das rote Telefon, wenn eine HiWi-Stelle frei wird, eine Doktorand_innen-Stelle, hier ein Stipendium, da ein For-

schungsprojekt. Sobald du endlich auf der anderen Seite stehst, kannst du mit größter Strenge endlich selbst die Studis bestrafen, die zu spät kommen oder den Text nicht gelesen oder eine nicht-prüfungsrelevante Textabgabe versäumt haben.

Du stürzt dich in die Forschung, liest spannende Texte, schreibst selbst welche, beschäftigst dich mit den spannendsten Themen. Du schreibst Förderanträge, fährst zu Tagungen, hältst Vorträge, glänzt mit deinem Wissen, stellst dich dar. Immer vollster Überzeugung vom gesellschaftlichen Wert deiner Forschung, aber ohne Berührungspunkte mit dem „Außerhalb der Universität“. Mit dem, was da eigentlich erforscht wird.

Du als Studi

Aber nochmal zurück zur Studienzeit. Überall, wo es Seminare gibt, sitzen

Studis, die sehr viel zu wissen scheinen. Sie melden sich, um kluge Dinge zu sagen und erwähnen Namen. Sie stellen Fragen, die keine Fragen sind und kritisieren, ohne wirklich etwas verbessern zu wollen. Dieses Verhalten dient dazu zu zeigen wie klug sie sind – so klug, dass sie nur zwei Fremdwörter oder einen bekannten Namen in den Raum werfen müssen, um bedeutend zur Diskussion beizutragen. Zum Beispiel „Also bei Rousseau ist der Erziehungsbegriff anders besetzt“ oder „Das bezieht sich doch hier auf Foucault, oder?“ oder „Also seit Judith Butler weiß man doch, dass“.

Solche Aussagen bringen den Diskussionsprozess aber nicht voran, weil sie nichts inhaltliches beisteuern – sie sollen bei anderen nur den Eindruck erwecken, du seist wahnsinnig belesen, gebildet und reflektiert. Die ganze Uni funktioniert so. Vor allem bei Studienfächern, wo es keine Aufgaben gibt, die zu einem eindeutig richtigen oder eindeutig falschen Ergebnis führen wie in Mathe oder Physik. Da kannst du dich immer darauf ausruhen, dass jede Meinung richtig und wichtig ist, weil es ja keine falsche Meinung gibt.

Das ist aber nicht der Punkt. Der Punkt

ist, dass die Uni ein Lernraum ist. Dieser Raum funktioniert am besten, wenn das Interesse an einem gemeinsamen Lernprozess vorhanden ist und ihm entsprochen wird. Und mit dem eigenen Halbwissen anzugeben, um die anderen einzuschüchtern und/oder sich vor den Dozierenden zu profilieren, fördert den Lernprozess nicht, sondern hält ihn auf.

Kritisches Potenzial

Die Uni bietet sehr viel Raum, sich mit Themen zu beschäftigen, die gesellschaftlich relevant sind. Trotzdem befasst du dich in fast allen Seminaren mit Problemen /weißer/ Männer, die von /weißen/ Männern aufgeworfen und diskutiert werden. Du liest fast ausschließlich Texte /weißer/ Männer über diese Probleme. Andere Themen müssen bewusst eingebracht, vorgeschlagen oder eingefordert werden, sonst tauchen sie nicht auf. Du musst wichtige Inhalte selbst in die Seminare bringen und sie gegen deine /weißen/ männlichen Mitstudis verteidigen. Und gegen deine Dozierenden.

Die Uni hat in Zeiten von Drittmittelförderung und Sparzwang gar kein Interesse an gesellschaftlich relevanten



Interview - Der Spiegel 19/1969

Themen. Deshalb tauchen sie nicht in Studienordnungen oder Seminarplänen auf – damit kannst du kein Geld verdienen! Also verschwende unsere kostbare Seminarzeit nicht damit. Dafür gibt es doch extra Studiengänge wie Gender Studies, deshalb müssen wir uns hier nicht damit beschäftigen!

Wissenschaftliche Arbeiten zu Rassismuskritik, Körperstudien, Kapitalismuskritik, Geschlechterforschung etc. pp. werden im Bachelor selten thematisiert und das meist nur auf Eigeninitiative von dir als Studi. Dabei gibt dir die Universität die besten Instrumente an die Hand, um diese sozialen Missverhältnisse anhand deiner speziellen Studienrichtung zu untersuchen: Einführung in wissenschaftliche Arbeitsweisen, Archive voller Quellen, Datenbanken voller wissenschaftlicher Artikel und Bücher – kurz gesagt: wahnsinnig viel Wissen!

Strategien wider die langweilige Universität

Nutze dieses Wissen! Nutze es, um nicht die 320.000ste Hausarbeit über Goethe oder Karl den Großen zu schreiben, sondern die erste über Anaïs Nin oder Amy Jacques Garvey.

Fordere relevante Inhalte im Seminarplan ein! Wenn deine Dozierenden sagen „Aber es gibt eben keine Frau,

die darüber forscht/publiziert“ oder „Aber es gibt eben keine Quellen über Schwarze Schriftsteller_innen im 18. Jahrhundert“, glaube ihnen nicht! Es ist nicht deine Aufgabe, die Seminarlektüre ausgeglichen und spannend zu gestalten, sondern ihre.

Geh nicht auf den Uni-Bluff ein! Frag nach, wie genau der Erziehungsbegriff bei Rousseau denn besetzt ist – und welche Relevanz das für euer Thema gerade überhaupt hat. Wenn andere Studis Diskussionsbeiträge bringen um sich selbst darzustellen, geh nicht darauf ein!

Schaff' dir einen Lernraum, in dem das Lernen im Vordergrund steht – Lernen gemeinsam, nicht in Konkurrenz miteinander. Lernen über relevante Inhalte. Lernen nicht an der Realität vorbei, sondern mit der außer-universitären Welt im Blick. Nie wieder langweilige Uni!

kimberley clark

Museum im Kapitalismus

Eine Veränderung der Welt muss mit einem Verständnis des Bestehenden beginnen.

Die meisten Studierenden kennen die folgende Situation: Mensch sitzt im Seminarraum, die einzige Aufgabe ist es dem Dozierenden zuzuhören, der spricht (und spricht und spricht). Gefühlte Stunden vergehen, die Konzentration nimmt zunehmend ab, die Augen werden immer schwerer und plötzlich kippt der Kopf vornüber... Kurzweiliger Schlaf und erschrecktes Erwachen stehen ab jetzt in stetem Wechsel miteinander, bis der Kurs endlich sein ersehntes Ende findet. Der Grund der Müdigkeit ist dabei leider allzu häufig nicht die vorausgegangene Nacht, sondern die Art der einseitigen Gesprächsführung.

Eine solche Art des Frontalunterrichts begegnet uns nicht nur im Seminarraum. Auch Museen stehen dem oft in nichts nach. Wer war noch nie in einem Museum, dessen Themen er_sie super interessant fand, aber schon nach dem ersten Ausstellungsraum keine Energie mehr hatte? Einseitige Kommunikation, zu lange Texte und unoriginelle Darstellungsweise rauben Kraft und Aufmerksamkeit.

Dass das nicht notwendigerweise so sein muss, versuchten wir – ein Kollektiv interdisziplinärer junger Menschen

– unter Beweis zu stellen. Mit dem Ziel neue Methoden der Kapitalismuskritik zu entwickeln, gründeten wir im Jahr 2013 das Projekt des „Museum des Kapitalismus“. Die Darstellung der Funktionsweise des kapitalistischen Gesellschaftssystems, so unser Gedanke, sei die beste Kritik des Bestehenden.

Im August 2014 eröffneten wir unsere erste befristete Ausstellung. Neben Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems (u.a.: „Was ist Geld?“, „Woher kommt der Profit?“, „Wie entstehen Krisen?“) stellten wir darin die Entwicklung der westeuropäischen Stadt im Kapitalismus am Beispiel Berlins dar.

In der Konzeption der Ausstellung verfolgten wir einen alternativen Ansatz. Wir beabsichtigten das Thema Kapitalismus zu diskutieren, anstatt es zu unterrichten. Grundlage dafür waren im wesentlichen zwei interaktive Vorgehensweisen: Zum einen versuchten wir die Besucher_innen in unsere Ausstellung miteinzubeziehen und sie dazu anzuregen ihr Wissen und ihre persönlichen Ansichten und Erfahrungen zu teilen. Zum anderen wollten wir Menschen zum Nachdenken über herrschende Strukturen und ihre eigene



Museum des Kapitalismus

Rolle in denselben anregen.

So konnten Besucher_innen etwa im Rahmen eines Exponats ihre Position im Kapitalkreislauf reflektieren: Durch ihre „Arbeit“ an einer Wasserpumpe wurde Wasser in einen Wasserspeicher gepumpt, den Mehrwert darstellend, der das Kapital des Unternehmens im

Wasserspeicher fortwährend steigerte. Währenddessen tropfte ein Teil des beförderten Wasser in einen Becher, der den Lohn darstellte. Andere Exponate konfrontierten die Besucher_innen z.B. mit schwierigen moralischen Fragen oder zeigten aus der Perspektive von Unternehmen ihre strukturellen Zwänge auf. Dabei zielten alle Exponate darauf ab, zu kritischem Nachdenken zu animieren.

Für diese Art der Darstellung haben wir uns aus mehreren Gründen entschieden. Vor allem wollten wir niemanden einfach darüber belehren, was Kapitalismus ist und wie man über ihn zu denken habe. Jede_r von uns erlebt den Kapitalismus auf eine ganz persönliche Weise und bringt spezifische Erfahrungen mit. Diesen Erfahrungen gaben wir Raum – mit Erfolg! Um die Exponate herum entsponnen sich eine Reihe kritischer Fragen und Diskussionen. Und indem die Bewertung des Erlebten den Besucher_innen selbst überlassen wurde, wurden Abwehrreflexe dem Inhalt gegenüber weitgehend vermieden.

Darüberhinaus war es uns ein Anliegen die Ausstellung für alle Menschen so zugänglich wie möglich zu machen. Texte haben wir deshalb auf ein Minimum reduziert und versucht, sie in einfacher Sprache zu halten. Lernen muss nicht langweilig sein – im Gegenteil: es geht auch spielerisch, interaktiv und unterhaltsam!

Ist das nicht auch etwas, was wir an unserer Art des Lernens und Lehrens an der Universität (und über sie hinaus) ändern sollten? Wir sollten uns von der Idee verabschieden einer Person allumfassendes Wissen zuzuschreiben.

Wenn über bestimmte Fragestellungen und Strukturen diskutiert wird, müssen die Standpunkte derer, die davon betroffen sind, einbezogen werden. Kapitalismus betreffend, ist dies etwas, was alle Menschen angeht und zu dem jede_r seine Ansichten teilen können sollte.

Multiperspektivisches Lernen fördert kritisches Denken. Die Meinungen unterschiedlicher Menschen zu einem bestimmten Thema zu hören, gibt uns die Chance unsere Perspektive zu erweitern und zu verändern.

Eine solche Art des Lernens und Lehrens sollte sicherstellen, dass die Augen während der Uni-Kurse nicht so leicht zufallen – und falls doch, dann wegen

der kurzen vorausgegangenen Nacht. Sie zeigt, dass niemand alleinige_r Expert_in ist, sondern viele Menschen Wissen zu einem Thema beizutragen haben. Sie ermöglicht offene Diskussionen, in denen Menschen laut nachdenken und Fragen stellen können.

Dabei kommt es auch auf jede_n Einzelne_n an, veraltete Strukturen aufzubrechen und zu einer interaktiven Form von Wissensaustausch beizutragen.

Das könnte der Beginn einer wahrhaftigen Kapitalismuskritik sein. Wer weiß, was daraus folgt...

Museums Kollektiv

ÜBER DAS MUSEUM DES KAPITALISMUS

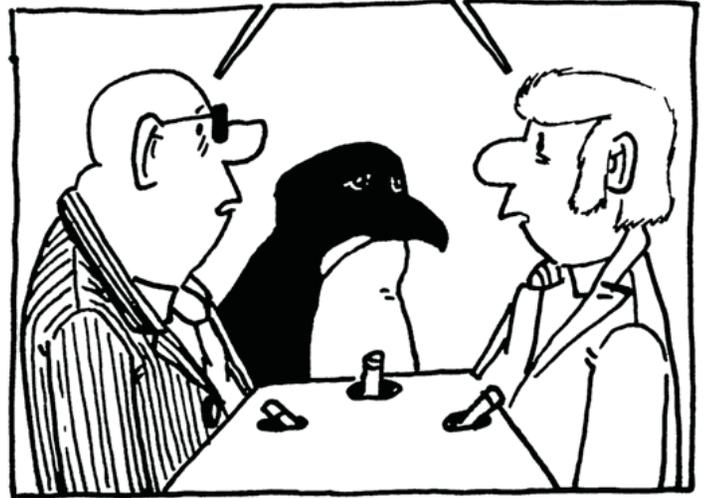
Voraussichtlich im Sommer 2015 wiedereröffnet das Museum des Kapitalismus um einige Themenfelder erweitert die Ausstellung in Berlin. Haltet euch über www.museumdeskapitalismus.de auf dem Laufenden. Wir sind eine offene Gruppe und freuen uns über neue Gesichter - meldet euch einfach unter kontakt@museumdeskapitalismus.de !

Außerdem ist das Museum derzeit auf der Suche nach permanenten Räumlichkeiten. Haltet die Augen offen und gebt gerne Bescheid, sollten euch leerstehende Räume über den Weg laufen.

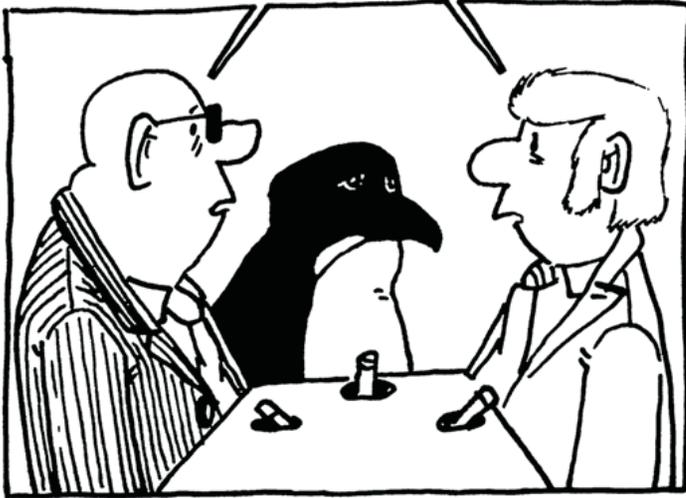
HERR DR. SOMMER, KÖNNTE
DER PINGUIN JETZT MAL
IRGENDWAS SPRECHEN?



VIELLEICHT
ETWAS
POLITISCHES NEIN NEIN



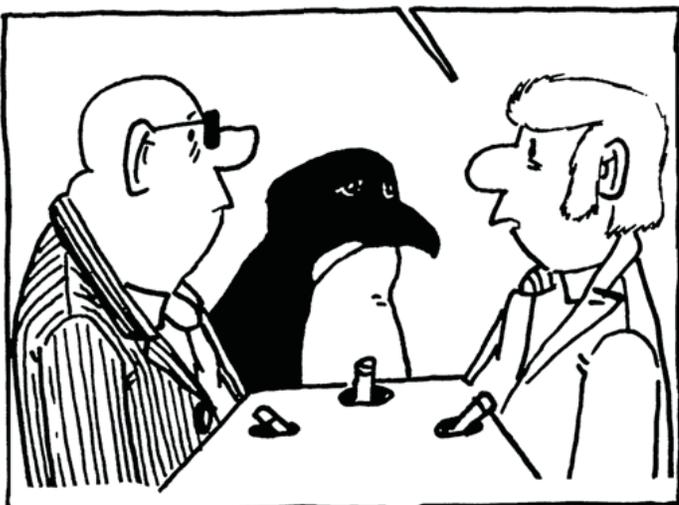
ÜBER
ATOMSTROM?
ATOMSTROM
IST EIN
POLITISCHER
ASPEKT



HOO-OO HO-O-O-O-O



WAS HAT ER
DENN JETZT
GESAGT?



"HOCHSCHULPOLITIK"



Habt ihr nie studiert?!

Dieser Beitrag erschien am 12. Februar 2015 auf dem Blog des Studierendenrates Geschichte als Antwort auf neuerliche Diskussionen um Anwesenheitspflicht bspw. auf ZEIT-Online.

Der Streit um Anwesenheitspflichten an Universitäten wird seit neuem wieder öffentlich ausgetragen. Immer wieder fallen dabei gerade Jungakademiker_innen und Altprofessuren mit besonders harschen Positionen auf. Ein studentischer Kommentar. *#1world1struggle #habtihriestudiert*

Neuerdings wird wieder öffentlich über die Verhältnisse an deutschen Universitäten diskutiert. Insbesondere im Zusammenhang mit der prekären Lage des wissenschaftlichen Mittelbaus, dessen Widerstand sich endlich zu organisieren scheint, aber auch im Rahmen einer Kritik an den Studienverhältnissen nach Bologna und des Steckepferdes des Bologna-Prozesses, der Employability, erheben sich kritische Stimmen aus den Reihen der Studierenden, der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen und der Professor_innen. Ein gutes Zeichen. Erschreckend sind jedoch die harschen und scheinbar unreflektierten Positionen akademischer Hardliner, denen Zwang mehr als Sinn gilt und denen es offensichtlich um geradliniges Karrieretum und stumpfe Frontalbildung, statt um innovative Wissenschaft und kritische Universitäten geht. In ihrer verqueren Welt sind die Studierenden Stopfgänse des Wissens, bloß in ihren

Lehrveranstaltungen geduldet als befriedigende Selbstvergewisserung, die über die eigenen mangelhaften didaktischen Fähigkeiten hinwegzutäuschen hat. Spieglein, Spieglein an der Wand...

Anwesenheitspflicht in der Universität?

In Nordrhein-Westfalen wurde die Anwesenheitspflicht vor kurzem gesetzlich abgeschafft. Das schert einige Dozierende jedoch wenig. Anne-Kathrin Gerstlauer forderte in ihrem Kommentar *„Studenten, bleibt zuhause!“*: *„Schafft das Konzept endlich ab. Es nützt nur ängstlichen Professor[innen] mit Power-Point-Folien.“* Daraufhin meldeten sich jüngst zwei wissenschaftliche Mitarbeiter_innen mit dem Beitrag *„Wir Dozenten sind nicht eure Vorturner!“* zu Wort und verteidigten eine generelle Anwesenheitspflicht in Seminaren, weil die Universität „kein Kindergarten für Faule“ sei. Danae Ankel und Stephan

„Universität zeichnet sich durch wissenschaftliche Freiheit aus, diese beinhaltet die Freiheit der Studierenden, selbst zu entscheiden, wann sie welche Lehrveranstaltungen besuchen, welche Themen sie dort interessieren und wo sie welche Leistungen erbringen möchten“

Liedtke bringen vier Argumente für Anwesenheitspflichten vor, die ich kurz kommentieren möchte:

1. Seminare müssten planbar sein

Diese Planbarkeit beruhe auf regelmäßiger studentischer Teilnahme:

„Jeder, der sich für das Studium entschieden hat und einen Abschluss anstrebt, hat dies auf freiwilliger Basis getan. Nun so zu tun, als würde die Einforderung einer Anwesenheit einem Angriff auf die

individuelle Freiheit gleichkommen, sagt mehr über eine verbreitete serviceorientierte Erwartungshaltung aus, als über tatsächliche Missstände an deutschen Universitäten.“

Das sehe ich ganz anders. Wenn Sie Dozierende an einer Universität sind (wir reden hier nicht über Fachhochschulen) und nicht mit dynamischer Teilnahme umgehen können, sollten Sie sich die Frage stellen, ob Sie den richtigen Beruf gewählt haben. Universität zeichnet sich durch wissenschaftliche Freiheit aus, diese beinhaltet die Freiheit der Studierenden, selbst zu entscheiden, wann sie welche Lehrveranstaltungen besuchen, welche Themen sie dort interessieren und wo sie welche Leistungen erbringen möchten (Stichwort Eigenständigkeit und Persönlichkeitsbildung) - so wie zu dieser Freiheit der Dozierenden gehört, ihnen die Abnahme dieser Leistungen im Zweifelsfall begründet zu verweigern. Ich habe aber noch keinen Dozierenden kennengelernt, der sich nicht über eine gut recherchierte und geschriebene Hausarbeit gefreut hätte, in der ich mit Ansätzen und Theorien gearbeitet habe, die ich in meinen Seminaren nie kennengelernt hätte, auch wenn sie gerade nicht haargenau in seine Seminarstruktur passte.

„Wer kommt denn überhaupt noch, wenn sie er nicht muss?“

Studierende. Studierende, die das Studium als Studium begreifen, die selbstständig und in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ihren Wissensschatz erweitern und ihr kritisches Denken ausbilden wollen. Dafür müssen die Seminare aber auch gut sein,

innovativ, vom Wissenschaftsgeist be-seelt und fordernd. Eine „serviceorientierte Erwartungshaltung“ gibt es auch aufseiten der Dozierenden, wenn die Potenziale ganzer Seminare Semester für Semester in eintönigen und qualitativ minderwertigen Referatsfluten erstickt werden, weil die Dozierenden so bequem Punkte vergeben, weniger vorbereiten und nichts korrigieren müssen. Die besten Seminare, die ich bisher besuchen durfte, bestanden aus drei Personen: zwei Kommilitonen (davon einer der Dozierende) und mir; die Anwesenheit schwankte, manchmal waren wir auch zu fünft, aber wir drei waren immer da - eine anregendere Diskussionskultur kann ich mir nicht vorstellen. Allerdings müssen die Studierenden an solche Verhältnisse auch erst gewöhnt werden. Auch solche Konstellationen erzeugen nicht kategorisch kritische Diskussionen, aber sie provozieren sie.

2. Die Universität sei keine Erziehungsanstalt

Ihre Aufgabe sei es vielmehr, *„in hohem Maße die Fähigkeiten zum selbstständigen Arbeiten und Denken sowie zur Selbstorganisation“* zu fördern und so zur Persönlichkeitsbildung beizutragen.

Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Wie das aber ein Argument FÜR Anwesenheitspflicht sein kann, ist mir schleierhaft! Zwingt man die Studierenden in den immer gleichen Seminartrott, dann trage ich weder zur Persönlichkeitsbildung, noch zu selbstständigem Arbeiten und Denken bei - stattdessen erschaffe ich paralysierte Knechte für den Arbeitsmarkt: Kein Wissen, keine Selbstständigkeit, kein kritisches Den-

ken, aber gerade darum auf Mindestlohniveau und überall einsetzbar! Kein Wunder, dass die Studierenden das Streiten verlernen. Dass eine solche Argumentverkehrung von wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen kommt, sagt einiges „über tatsächliche Missstände an deutschen Universitäten“ und darüber, wie es um die Wissenschaft bestellt ist, aus. Dass derartige Argumentationsstränge häufig insbesondere von Jungakademiker_innen der Geisteswissenschaften stammen, lässt mich regelrecht erschauern. Will man hier den „unpolitischen“ Habitus der Naturwissenschaftler_innen und Techniker_innen imitieren, den jene nach politischen Krisen stets zu kultivieren trachten, nur um dann nach dem Zusammenbruch der Universitäten sagen zu können, wir sind unschuldig, wir haben nur (in vorausgehendem Gehorsam) dem System gedient? Oder macht man gute Mine zum bösen Spiel, weil man sich in seiner prekären Anstellung gegenüber der Professur keine „Schwächen“, keine „Fehler“, keine Verzögerungen leisten kann, ohne die eigene (wissenschaftliche) Existenzgrundlage gefährdet zu sehen?

3. Dozierende seien keine Vorturner_innen für Studierende

„[...] es wird in jedem Kurs Studierende geben, denen der Kurs ‚zu trocken‘ oder nicht ‚einsteigerfreundlich genug‘ ist. Diesen Umstand hinzunehmen, gehört zum akademischen Alltag auf beiden Seiten der Lehre. Dem humanistischen Wissenschaftsverständnis nach, sind Dozenten primus inter pares, also unter Ihresgleichen. In



diesem Sinne haben auch die Studierenden eine Pflicht, Seminare mitzugestalten.“

Richtig, Vorturner_in will, zumindest in den Geisteswissenschaften, auch kein Studierender (jene ausgenommen die schlicht auf Abschluss studieren, meiner Meinung nach aber nichts an einer Universität zu suchen haben, die blind dem Traum vom sicheren Job und gutem Gehalt hinterherrennen, der mit der Realität schon lange nichts mehr gemein hat)! Dafür gibt es oberflächliche

Einführungswerke, die man als Gute-Nacht-Lektüre konsumieren kann. Richtig auch, dass nicht jedes Seminar jede_r_m Studierenden gefällt. Zum Glück können die Studierenden dann von der akademischen Freiheit Gebrauch machen und versuchen, das Seminar nach ihren Vorstellungen mitzugestalten oder die Veranstaltung verlassen. Wenn die Dozierenden sich tatsächlich als Gleiche unter Gleichen, also mit den Studierenden auf Augenhöhe begreifen (das scheint bei weitem nicht immer und insbesondere bei jungen Dozierenden, die gerade erst ihren Master abgeschlossen haben, „häufig“ der Fall zu sein - ich kenne jedoch auch viele „solidarische“ WiMis!), wie es die Idee der universitas magistrorum et scholarium nahelegt, dann kann es keinen Grund geben, seinesgleichen zu etwas zu zwingen. Vielmehr soll es darum gehen, miteinander voneinander zu lernen und zu forschen. Und noch etwas: *primi inter pares* gibt es an einer Universität nicht! Sonst hat sie ihren Namen nicht verdient.

4. die universitären Kapazitäten, insbesondere aus Sicht der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen, seien unzureichend und Dozierende könnten nicht mit schwankender Teilnahme umgehen:

„Absurd wird es, wenn zu Semesterbeginn 80 Studierende für ein Bachelorseminar angemeldet sind, zur ersten Sitzung 40 erscheinen und sich zu den einzelnen Seminar-

sitzungen einige Wenige mit den Dozenten die Zeit vertreiben.“

(Dieser Punkt existiert in dem Beitrag leider nicht, es scheint sich jedoch hierum zu handeln:)

Ich halte es für richtig und wichtig, auf die prekären Verhältnisse im wissenschaftlichen Mittelbau, auf nicht vorhandene didaktische Ausbildung der Dozierenden und andere strukturelle Fehler hinzuweisen. Warum aber werden kategorisch die Studierenden in Bedrängnis gebracht, warum organisiert man sich nicht gemeinsam mit den Studierenden und streitet um bessere Bedingungen an den Universitäten, gegen die ökonomisierte Unterhöhlung akademischer Bildung? Stattdessen buckelt man nach oben, steht mit seinesgleichen in stetiger Konkurrenz und tritt nach unten. Wenn man selber leiden muss, dann sollen die anderen bitteschön noch mehr leiden. Die Universität erinnert immer mehr, machen wir uns keine Illusionen, an den Führerstaat (gemeint ist hier das Organisationsprinzip!)...

Anwesenheitspflicht an der Universität Hannover? Endlich abgeschafft!

Die Diskussion um die Anwesenheitspflicht ist im Grunde ein alter Schuh. Auch an der Universität Hannover wurde die Debatte, auch in der jüngsten Vergangenheit, immer wieder vehement ausgetragen. Nach den studentischen Bildungsstreiks 2009 hatte das Präsidium der Universität die Empfehlung an die Fakultäten ausgesprochen, keine Anwesenheitskontrollen mehr durchzuführen. Mit wenig Erfolg. Bereits 2012 wurden in beinahe sämtli-

chen Lehrveranstaltungen der Universität Anwesenheitslisten geführt, wer mehr als zwei Male fehlte, flog aus der Veranstaltung. Darum hat die Studierendenschaft unter dem provokanten Titel „Kampagne Listenklau“ bzw. „Aktion Listenklau - Faul sein ist wunderschön!“ gegen Anwesenheitslisten mobil gemacht und auf Entscheidungen in den akademischen Gremien hingearbeitet. Mit großem Erfolg: die AG Prüfungen wies in ihrem Bericht, der vom akademischen Senat zustimmend zur Kenntnis genommen wurde, auf die Unsinnigkeit und datenschutzrechtliche Problematik vieler Anwesenheitslisten hin. Mit der endgültigen Verabschiedung der Muster-Prüfungsordnung durch den Senat in diesem Semester wurden Anwesenheitslisten allgemein untersagt (Ausnahme bilden hier Praxisübungen). Doch Anwesenheitslisten wurden auch danach noch weiterhin geführt. Oftmals gingen diese Listen, auf denen Namen, Adressen, Telefon- und Matrikelnummern vermerkt waren

ANWESENHEITSPFLICHT AN DER FU

Wir Studierende konnten es kaum erwarten: Zum Wintersemester 2013/14 sind die Anwesenheitslisten kommen zurück an die FU gekommen. Seit dem Bildungstreik 2009 war die Anwesenheitspflicht ausgesetzt, doch mit der neuen Rahmenstudien- und -prüfungsordnung (RSPO) kehrte sie zurück.

Laut RSPO gibt es keine generelle Anwesenheitspflicht, jedoch kann die Prüfungsordnung des Studiengangs für die konkrete Lehrveranstaltung explizit die Pflicht zu „regelmäßiger Teilnahme“ vorsehen. Nur dann dürfen Anwesenheitskontrollen, z.B. Form von Anwesenheitslisten, durchgeführt werden, um festzustellen, ob ihr die Teilnahmequote von (meist) 85% erfüllt habt, sonst sind Anwesenheitskontrollen rechtswidrig. Hier darf die Feststellung der Anwesenheit auch keinen großen Teil der Seminarzeit beanspruchen, weshalb z.B. das einzelne Aufrufen von Namen nicht zulässig ist. Leider gibt es in den allermeisten Studiengängen anwesenheitspflichtige Lehrveranstaltungen. In diesem Fall müsst ihr nur eure Namen oder eure Matrikelnummer angeben und eine Unterschrift leisten. Weitere Angaben, etwa zu Semesterzahl, Geburtsdatum o.ä. sind sachfremd.

Sollten eure Dozierenden auch neue kreative Möglichkeiten der Anwesenheitskontrolle ausprobieren, meldet euch bitte in der Hochschulberatung des AstA.

Hier auch noch einmal der Hinweis: Im AstA gibt es ein Fundbüro für verloren gegangene Anwesenheitslisten.

durch die ganze Vorlesung (eigentlich hätte man die Gelegenheit perfide nutzen sollen, um massenhaft Fachwechselanträge beim Immatrikulationsamt zu stellen - auf der elearning-Plattform Stud.IP sind die Matrikelnummern unterdessen auch weiterhin leicht aus dem Quellcode zu lesen). Wurde vonseiten der Studierenden Protest erhoben, stellten die Dozierenden sie vor die Wahl: Unterschrift oder Klausur (ohnehin die unsinnigste Prüfungsform an einer Universität!) - das Gros der passiven Bildungskonsument_innen unterdrückte im Angesicht eines solchen „Mehraufwandes“ die kritische Positionen ihrer Kommilitonen. Durch die hartnäckige Arbeit der Studieren-

denschaft und des AStA konnte die Position der Studierenden gestärkt werden. Verstöße gegen die Beschlusslage wurden im Rahmen der Aktion Listenklau gesammelt und dem Präsidium der Universität mitgeteilt, dass die Ignoranten unter den Dozierenden nachdrücklich untersagte, Anwesenheitslisten zu führen.

Wie soll ich denn nur Punkte vergeben?

Mir geht es wie Deborah Ryszka (Mein Kommilitone, der Zombie): „Ich schwelgte in Träumereien: Man würde sich in hitzigen Debatten verlieren, sich voller Leidenschaft Argumente an die Köpfe werfen. Die Realität holte mich aber schnell ein. Ich wurde maßlos enttäuscht.“ Und damit bin ich nicht allein.

Die Studierenden sind nicht in erster Linie schuld, wenn Seminare nicht von Diskussionen geprägt, dynamisch und innovativ ablaufen (zumal wenn sie gerade von der Schule kommen und außer konsumistischer Auf-Klausuren-Hinlernerrei nichts anderes kennen), die Dozierenden müssen von Beginn an klar machen, was es bedeutet, an einer Universität zu studieren. Nämlich nicht einen Abschluss zu studieren, sondern Universität zu studieren. Wenn die Studierenden dann immer noch nur den Konsumenten geben, dann sind sie in die Verantwortung zu nehmen und dann müssen - das passiert leider so gut wie nie! - die Dozierenden von ihrer Freiheit Gebrauch machen und auch mal Studierende durchfallen lassen, ihnen keine Scheine ausstellen. So einfach ist das. Und damit erübrigt sich ein ebenfalls häufig vorgebrachtes Argument vonseiten der Lehrenden: die

„Ich will Denken lernen, ich will Wissenschaft lernen und nicht von müden Eintönern eingeschläfert werden, die mich nie kritisieren, die nur ihren Seminarplan runterbeten, an denen ich nicht geistig wachsen kann.“

zwanghafte Notwendigkeit der Vergabe von Leistungspunkten. Wie soll man Punkte vergeben, wenn die Studierenden nicht regelmäßig an Seminaren teilnehmen und man ihnen für die Anwesenheit keine Punkte geben kann? Ich antworte mit einer Gegenfrage: Wenn man als Dozierender so fantasielos ist und die Universität überhaupt nicht als Universität begreift, wie kann man es dann überhaupt so weit gebracht und einen universitären Abschluss erlangt haben? Die Studierenden wollen gefordert werden, bietet mehr projektbezogene und forschungsorientierte, mehr Theorieseminare an! Ich will Denken lernen, ich will Wissenschaft lernen und nicht von müden Eintönern eingeschläfert werden, die mich nie kritisieren, die nur ihren Seminarplan runterbeten, an denen ich nicht geistig wachsen kann.

Abschließende Betrachtung

Die Dozierenden haben Recht, wenn sie von passiven Bildungskonsumenten unter den Studierenden sprechen, wenn sie auf die strukturellen Probleme der Massenuniversität hinweisen. Unrecht tun sie damit aber all jenen Studierenden, die die Uni leben, die Universität studieren und nicht blind auf den Abschluss zutreiben, die nicht bloß absitzen und bei möglichst geringem Eigenaufwand möglichst viele Leistungspunkte mitnehmen wollen. Hier eine kategorische Unlust aufseiten der Studierenden zu proklamieren und diese in Zwangsverhältnisse zu pressen, wird weder den Studierenden, noch dem eigenen wissenschaftlichen Anspruch oder der Universität gerecht. Mein Appell daher: Greifen Sie härter durch, verweigern Sie den Bil-

dungskonsumenten ihre Scheine, brechen Sie schlechte Referate ab - aber schaffen Sie gleichzeitig Freiräume für eigenständiges Lernen und Forschen, reduzieren Sie die Basisliteratur für die Seminarsitzung, lassen Sie wie früher die Studierenden selbst bibliographieren und lesend, denkend ihr Wissen erweitern, Problemfelder entdecken, scheinbar Gesetztes hinterfragen: So werden wir zu der Seminarkultur zurückfinden, die wir uns alle wünschen. Die Universität ist keine Schule! Wir sind keine Schüler_innen! Und Sie sind keine Lehrer_innen! Wir alle sind Kommiliton_innen und verfolgen dasselbe Ziel. In diesem Sinne: Lasst die Studierenden in Ruhe!

Es mag dem ökonomisierten Ausbildungsbetrieb Hochschule nicht gefallen, der in einem stetigen künstlichen Konkurrenzverhältnis zu anderen Hochschulstandorten um jede müde Mark kämpft, die er für Absolvent_innenzahlen in Regelstudienzeit relational zu anderen Standorten (abgezogen/zugewiesen) bekommt (hier wird Quantität, nicht Qualität belohnt - zwangsläufig kommt es zu einem Qualitätsverfall). Damit aber haben wir ein Problemfeld, das statusgruppenübergreifend als solches erkannt und verachtet wird. Warum streiten wir nicht gemeinsam für eine freie Universität, vielleicht sogar wieder für ein strukturarmes, flexibles Studium? Uns gegenseitig strukturelle Defizite aufzuzwingen, kann jedenfalls nicht in unserem Interesse liegen. Und zu guter Letzt die Frage:

Habt ihr nie studiert?!

Jan Heinemann

„Sie wollten uns begraben, aber sie wussten nicht, dass wir Samen sind“

Neoliberalismus und Bildung in Mexiko.

Seit September 2014 mobilisieren sich in ganz Mexiko hunderttausende von Menschen: Studierende, Schüler_innen, soziale Bewegungen, Menschenrechtsorganisationen, Arbeiter_innen, Mütter und Väter. Sie alle teilen den Schmerz und die Wut über das Massaker in der Stadt Iguala im mexikanischen Bundesstaat Guerrero in der Nacht vom 26. zum 27. September 2014. Die Studierenden der Hochschule „Normal Rural Isidro Burgos“ oder „Normal de Ayotzina“ im Bundesstaat Guerrero waren an diesem Tag Geld sammeln, für den Erhalt ihrer Hochschule und für die Fahrt nach Mexiko-Stadt am 2. Oktober, anlässlich einer Gedenk-Demonstration für die 1968 vom Staat ermordeten Student_innen. Auf dem Rückweg wurden die drei Busse in denen sie unterwegs waren von der Polizei angehalten und angegriffen. Einem Studenten wurde in den Kopf geschossen. In den darauf folgenden Stunden gab es drei

weitere Angriffe der Polizei auf die Studierenden. Zwei von ihnen, Daniel Solís und Yosivani Guerrero, wurden an Ort und Stelle ermordet, unzählige verletzt und 43 Studierende von der Polizei abtransportiert. Ein weiterer ermordeter Student, Julio César Mondragón, wurde am Tag darauf mit gehäutetem Gesicht aufgefunden. Von 42 Studenten fehlt bis heute jede Spur. Was mit ihnen nach dem Abtransport durch die Polizei passierte, ist weiterhin unklar. Der Kampf der Familien für das Leben der Verschwundenen und Gerechtigkeit ist weiterhin ungebrochen. Bis heute fordern sie: „Lebend haben sie sie mitgenommen, lebend wollen wir sie zurück!“

Die Nacht des 26. und 27. Septembers erzählt unzählige Geschichten: von Staatsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen, von der Neoliberalisierung der Bildung und des Widerstands dagegen, von kapitalistischer Ausbeutung und der Repression gegen

soziale Bewegungen, von würdigem Kampf um Gerechtigkeit.

Staatsverbrechen und Verletzung der Menschenrechte

Bereits wenige Stunden nach dem Massaker machen die Überlebenden ihre ersten Aussagen. Sie verbreiten Augenzeugenberichte, Videos, Fotos und Tonaufnahmen der Nacht in sozialen und alternativen Medien. Die Überlebenden berichten in ihren Aussagen von der Beteiligung der policía municipal (kommunale Polizei), der policía federal (Bundespolizei) und des mexikanischen Militärs an dem Massaker. Aufgrund der Beteiligung des Militärs und der Polizeieinheiten auf Lokal- und Bundesebene sprechen sie von einem Verbrechen des Staates und systematischer Repression durch gewaltvolles Verschwinden-lassen.¹

Die Zeitschrift "Proceso" rekonstruierte die Ereignisse des 26. und 27. Septem-

¹Ende der 1960er Jahre beginnt der mexikanische Staat im Rahmen des "Schmutzigen Krieges" das Verschwinden-lassen als systematische Repressionspraxis gegen soziale Bewegungen zu nutzen. Das Verschwinden-lassen ist eine politische Strategie der bewußten Einschüchterung politischer und sozialer Aktivist_innen durch staatliche und im Auftrag des Staates handelnde Akteure. Die Ungewissheit über das Schicksal der Verschwundenen wird dabei als gezielte Einschüchterungs- und Zermürbungstaktik eingesetzt. Staatliche Institutionen sind dabei nicht nur selbst in diese Praxis verwickelt, sondern behindern auch systematisch die Aufklärung und Bestrafung der Täter_innen. Damit verübt der Staat Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Verschwundenen und ihren Angehörigen. Siehe auch: Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.) (2015), Verschwindelassen in Mexiko: Ein systematisch begangenes Verbrechen, Berlin, http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analyse_48_Verschwinden_lassen.pdf, Abfrage: 03.04.2015.



Statt einer tiefgreifenden Ermittlung in alle Richtungen, gingen die Bemühungen des Staates nur in eine einzige: den Fall zu den Akten zu legen, die Betroffenen und die Proteste ruhig zu stellen.

bers anhand von Zeug_innenaussagen, Videos, Tonbandaufnahmen und Protokollen. Am 14.12.2014 bestätigte sie die Version der Studierenden: "Bundespolizeikräfte waren an dem Angriff auf die Studenten der Normal de Ayotzinapa in der Nacht vom vergangenen 26. September in Iguala, Guerrero, beteiligt. Während dieses Angriffs starben drei Studenten und 43 wurden verschwunden, und das in einer Abfolge von Ereignissen, über die die Bundesregierung in Echtzeit informiert war." Und weiter: "Der Angriff wurde von der Bundespolizei inszeniert und ausgeführt, unter Mitwisserschaft oder

offener Kollaboration des Militärs."² Die Eltern der Opfer und die Studierenden der Normal Rural Isidro Burgos forderten bereits seit Monaten, dass Ermittlungen in Richtung des Militärs begonnen werden. Das Menschenrechtszentrum "Tlachinollan: Centro de Derechos Humanos de la montaña" unterstützte diese Forderung in einer Erklärung vom 19. Januar 2015 und begründet: "Ein zweiter Grund weswegen die Forderung der Väter und Mütter angemessen ist, hat mit der eigenen Geschichte des Militärs zu tun – auch wenn diese in der offiziellen Version nicht anerkannt wird. Eine Geschichte gravierender Menschenrechtsverbrechen durch das Militär, einschließlich willkürlicher Festnahmen, dem Festhalten in Militäreinrichtungen und dem Verschwinden-lassen von Personen durch Soldaten und Marine."³

Statt einer tiefgreifenden Ermittlung in alle Richtungen, gingen die Bemühungen des Staates nur in eine einzige: den Fall zu den Akten zu legen, die Betrof-

²Fuerzas federales participaron en el ataque contra los estudiantes de la Normal de Ayotzinapa la noche del pasado 26 de septiembre en Iguala, Guerrero, durante el cual murieron tres normalistas y 43 fueron desaparecidos en una sucesión de hechos conocida en tiempo real por el gobierno federal." und "El ataque fue orquestado y ejecutado por la Policía Federal, con la complicidad o franca colaboración del Ejército." Hernandez, Isabel und Fisher, Steve (2014), "La historia no oficial", in: Proceso, 1989, S. 6-7, Abfrage: 03.04.2015.

³Una segunda razón para afirmar que la demanda de los padres y las madres de los muchachos es razonable, tiene que ver con la propia historia -no reconocida en los relatos oficiales- de graves violaciones a derechos humanos cometidas por el Ejército, incluyendo desde luego las detenciones arbitrarias en instalaciones castrenses y las desapariciones forzadas cometidas por soldados y marinos." Tlachinollan: Centro de Derechos Humanos de la montaña (2015), "Opinión: Abrir los cuarteles militares, ¡ya!", <http://www.tlachinollan.org/opinion-abrir-los-cuarteles-militares-ya/>, Abfrage: 03.04.2015.

fenen und die Proteste ruhig zu stellen. Die Familien klagen öffentlich immer wieder an, dass bestimmten Hinweisen nicht nachgegangen wird, dass versucht wurde, sie mit Geld zum Schweigen zu bringen, von der diskriminierenden Behandlung durch die Ermittlungseinheiten, davon, dass die PGR (Generalstaatsanwaltschaft) neue Erkenntnisse in dem Fall zuerst mit der Presse bespricht, statt mit den Betroffenen. Amnesty International kommt zu der Einschätzung: "Die Familien der verschwundenen Studenten leiden weiterhin unter den Konsequenzen chaotischer und feindseliger juristischer Ermittlungen."⁴⁴

Schon nach wenigen Tagen wurde zum ersten Mal versucht den Fall zu schließen. In Cocula, nur wenige Kilometer entfernt von Iguala, wird das erste Massengrab freigelegt. Der nationalen und internationalen Öffentlichkeit wurden einige korrupte Polizisten auf Kommunalebene und Mitglieder des Drogenkartells "Guerreros Unidos" als Täter präsentiert. Ohne weitere Untersuchungen anzustellen und basierend auf

den Aussagen der festgenommenen Polizisten und Drogenkartellmitglieder, verkündete die PGR, dass es sich bei den Leichen um die 43 Verschwundenen handle. Der Entschlossenheit, der Stärke und dem Mut der Überlebenden und Familien der Verschwundenen ist es zu verdanken, dass der Fall damit jedoch nicht abgeschlossen war. Sie rufen eine Kommission unabhängiger Sachverständiger zur Hilfe (EAAF). Die

⁴⁴[L]as familias de los estudiantes desaparecidos continúan sufriendo las consecuencias de una investigación judicial caótica y hostil." Amnistía Internacional (2014), "Estudiantes desaparecidos: a pesar de la promesa presidencial, los familiares aún no ven cambios en la respuesta del Estado", <http://amnistia.org.mx/nuevo/2014/10/10/estudiantes-desaparecidos-a-pesar-de-la-promesa-presidencial-los-familiares-aun-no-ven-cambios-en-la-respuesta-del-estado/?o=n>, Abfrage: 03.04.2015.



Die Studenten verfolgen das Ziel Bildung – als Mittel zu Emanzipation und kritischem Denken – auch in marginalisierten Regionen zu ermöglichen, die indigenen Sprachen und Kulturen der jeweiligen Regionen aufrecht zu erhalten. Sie fühlen sich der Lehre und der Gemeinwesenarbeit verpflichtet.

Wissenschaftler_innen können schon nach wenigen Tagen aufgrund eines DNA-Vergleichs bestätigen, dass es sich bei den im Massengrab verscharrten Leichen nicht um die 43 Studierenden handelt. Diese Prozedur wiederholte sich in den Wochen darauf noch mehrerer Male.

Am 27. Januar 2015 wurde der Fall von der PGR offiziell abgeschlossen. Jesús Murillo Karam verkündete auf einer Pressekonferenz die offizielle Version der Regierung: “Den Studenten wurde die Freiheit genommen, ihnen wurde das Leben genommen, sie wurden verbrannt und in den Fluß San Juan geworfen. In eben dieser Reihenfolge.”⁵ Als intellektuelle Täter_innen benannte Karam den ehemaligen Bürgermeister

⁵“Los estudiantes normalistas fueron privados de la libertad, privados de la vida, incinerados y alojados al río San Juan en este orden.” Jesús Murillo Karam (2015), Informe de la PGR del 27.01.2015, <https://www.youtube.com/watch?v=pwYMmh2V6nE>, Abfrage: 03.04.2015.

von Iguala, José Luis Abarca Velázquez, und seine Ehefrau, María de los Ángeles Pineda Villa. Außerdem soll der örtliche Polizeichef Felipe Flores Velázquez – der sich bis heute auf der Flucht befindet – den Polizeiangriff geleitet haben. Materielle Täter sind laut der PGR Einheiten der policía municipal und des Kartells “Guerreros Unidos”. Die Beteiligung von Militär und policía federal wird von der Regierung bis heute geleugnet.⁶

In einer öffentlichen Erklärung widerspricht das EAAF der Version Murillo Karams, da diese nicht eindeutig wissenschaftlich belegt werden kann, und benennt Unstimmigkeiten in den Nachforschungen der PGR. Bis auf einen der verschwundenen Studenten, Alexander Mora Venancio, konnte bisher keiner der restlichen Verschwundenen eindeutig identifiziert werden. Auch die

⁶Ibid.

genauen Abläufe der Tat können wissenschaftlich noch nicht nachvollzogen werden.⁷ Die Eltern der Verschwundenen sowie nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen fordern weitere Nachforschungen in dem Fall, eine komplette Aufklärung und Gerechtigkeit.⁸ Die ausschließliche Festnahme eines Lokalpolitikers, des ehemaligen Bürgermeisters von Iguala und seiner Frau, am 4. November 2014 ist für sie keineswegs zufriedenstellend. Zudem gibt es hinsichtlich des Motivs, der Aussagen und Beweislage eine ganze Reihe von Widersprüchen.⁹ Sie kämpfen um die Anerkennung der Tat als gewaltvolles Verschwindenlassen – während die Regierung von Entführung spricht – und als Verbrechen des Staates, dessen ausführende Repressionsorgane auf allen Ebenen beteiligt waren.

Der Kampf um kostenlose Bildung und ein würdiges Leben

Die Normal Rural Isidro Burgos besteht seit 1926. Wie die anderen 16 noch bestehenden normales rurales wurde sie als Hochschule zur Ausbildung von Lehrer_innen für Schulen in ländlichen Regionen gegründet, in einer Zeit, in der

die Bildungspolitik noch zum Ziel hatte Bildung möglichst vielen, kostenlos zu ermöglichen. Sie organisiert sich basisdemokratisch, unter gleichberechtigter Mitbestimmung der Student_innen und kämpft für den Erhalt kostenloser Bildung.

Die Studenten verfolgen das Ziel Bildung – als Mittel zu Emanzipation und kritischem Denken – auch in marginalisierten Regionen zu ermöglichen, die indigenen Sprachen und Kulturen der jeweiligen Regionen aufrecht zu erhalten. Sie fühlen sich der Lehre und der Gemeinwesenarbeit verpflichtet. Für sie bedeutet das die solidarische Unterstützung der jeweiligen Gemeinden in Konfliktsituationen. Guerrero ist ein Bundesstaat, in dem ein großer Teil der Bevölkerung in Armut lebt, während der Bergbau – vor allem im sogenannten “Goldgürtel” Guerrerros – immer größere Profite erzielt. Durch Bergbau- und Staudamm-Projekte wird die Bevölkerung von ihrem Land verdrängt, verliert den Zugang zu Trinkwasser und ist einer Reihe gesundheitlicher Negativfolgen ausgesetzt. Auch die in der Region agierenden Drogenkartelle – die in unterschiedlichen Formen Hand in Hand mit der Regierung oder den hauptsächlich transnationalen Unternehmen arbeiten – stellen eine Gefahr für die Bevölkerung dar. Viele der Gemeinden versuchen autonome Organisations- und Selbstverteidigungsstrukturen aufzubauen und kämpfen gegen die kapitalistische Ausbeutung, die Gewalt, für soziale Gerechtigkeit und ein würdiges Leben. Die systemkritische Perspektive der Studierenden und zukünftigen Lehrer_innen der Normal Rural Isidro Burgos und ihre Verpflichtung

⁷Equipo Argentino de Antropología Forense (EAAF) (2015), “Comunicado de prensa EAAF”, <http://www.tlachinollan.org/wp-content/uploads/2015/02/Comunicado-EAAF.pdf>, Abfrage: 03.04.2015.

⁸Tlachinollan: Centro de Derechos Humanos de la montaña (2015), “Comunicado: Padres y madres de normalistas responden a PGR”, <http://www.tlachinollan.org/conferencia-padres-y-madres-de-normalistas-desaparecidos-responden-pgr/>, Abfrage: 03.04.2015. Tlachinollan: Centro de Derechos Humanos de la montaña (2015), “Emiten diversas organizaciones internacionales de Derechos Humanos comunicados en respuesta a la PGR”, Abfrage: 03.04.2015.

⁹Hernandez, Isabel und Fisher, Steve (2015), “Expediente Abarca, un caso fabricado”, in: Proceso, 1999.

gegenüber den sozialen Bewegungen behindert die nationalen und internationalen neoliberal-kapitalistischen Interessen. Um jeden Presi soll diese Form kritischer Bildung der neuen Generationen verhindert werden.

Jahrzehnte kämpften die jeweiligen Regierungen Mexikos gegen die normales rurales und konnten damit die Schließung eines Großteils dieser Bildungseinrichtungen erzwingen – die sie als Gefährdung des etablierten Systems, als Wiege der sozialen Bewegungen und der Guerrillas sahen. Von den ehemals 46 normales rurales in ganz Mexiko gibt es heute noch 16, die in der Federación de Estudiantes Campesinos Socialistas de México (FECSO) zusammengeschlossen sind.

Seit den 1980er Jahren wird der Kampf des mexikanischen Staates gegen die normales rurales im Rahmen des globalen Prozesses der Neoliberalisierung der Bildung geführt, der von internationalen Institutionen wie der OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) gefördert wird. Die Bildungseinrichtungen sollen umstrukturiert werden, damit sie den reibungslosen Ablauf der Rohstoff- und Arbeitskraftausbeutung in Mexiko (im Rahmen der globalen Arbeitsteilung) gewährleisten. Sie sollen die entsprechenden Arbeitskräfte "liefern" und die neoliberale Ideologie verankern. Dabei bedient sich der Staat unterschiedlicher Mittel, die von der Unterfinanzierung bis zur Waffengewalt reichen. Die Normal Rural Isidro Burgos ist nur ein Beispiel für die tödlichen Folgen dieser Politik.

Am 12. Dezember 2011 wurden bereits zwei Studenten der Normal Rural Isid-

ro Burgos, Jorge Alexis Herrera Pino und Gabriel Echeverría de Jesús, von der Polizei bei einer Straßenblockade erschossen. Der Mord an den Studenten ist bis heute ungestraft. Die Straßenblockade war von den Studenten errichtet worden, weil die Regierung sich weigerte der Hochschule die finanziellen Mittel für das nächste Schuljahr zuzusichern und die Immatrikulation eines neuen Jahrgangs damit in Gefahr war. Die Studierenden wehrten sich mit politischem Protest dagegen. Und erneut sehen sie ihre Hochschule in Gefahr. Den Angriff des Staates vom 26. September sehen die Studierenden nicht nur als direkte Repression gegen ihre Hochschule, kritische Bildung und soziale Bewegungen, sondern auch als Versuch der Einschüchterung neuer Generationen.

Sowohl nach dem Mord an den Studenten 2011 als auch nach dem Massaker 2014 wurden Gewehre des Typs G-36 der deutschen Firma Heckler&Koch bei der Polizei sichergestellt. Aufgrund der systematischen Menschenrechtsverletzungen im Bundesstaat Guerrero, gibt es eigentlich ein Ausfuhrverbot deutscher Waffen in diese Region. Im Februar 2015 bestätigten der Menschenrechtsbeauftragte Christoph Strasse und der deutsche Botschafter in Mexiko, Viktor Elbling, dass es in Zukunft keine Lieferungen deutscher Waffen an die mexikanische Regierung geben wird. Auch wenn diese Initiative zu begrüßen ist, kommt sie reichlich spät. Seit Jahrzehnten ist klar, dass die Menschenrechtslage in ganz Mexiko verheerend ist und der Staat für unzählige Massaker und Menschenrechtsverletzungen verantwortlich ist.

Die deutsche Regierung hat darauf nie entsprechende reagiert, weiter Mordwerkzeuge liefern lassen und auf ein Sicherheitsabkommen mit Mexiko hingearbeitet – dieses ist allerdings bis jetzt noch nicht unterzeichnet. Sie trägt damit eine Mitverantwortung an dem Massaker an den Studenten am 26. und 27. September 2014.¹⁰

“Sie wollten uns begraben, aber sie wussten nicht, dass wir Samen sind”

“Sie wollten uns begraben, aber sie wussten nicht, dass wir Samen sind”

Was nach dem Massaker an den Studenten von Ayotzinapa von ihren Familien und Freund_innen auf die Straßen getragen wird, ist in erster Linie die Forderung, dass die verschwundenen Studenten lebend zurückgebracht werden und es Gerechtigkeit gibt. In mehreren Delegationen bereisen sie fast das ganze Land, um Öffentlichkeit zu schaffen. Sie dringen bis zum UN-Committee on Enforced Disappearances (CED) in Genf vor. Dieses kommt in einer Erklärung vom Februar 2015 zu dem Ergebnis, dass der Fall der Verschwundenen von Ayotzinapa exemplarisch für die Situation in ganz Mexiko sei. Das CED

¹⁰Vogel, Wolf-Dieter (2014), “Waffenfirma Heckler&Koch: Arbeitsgericht vereitelt Bauernopfer”, in: TAZ, 15.01.2014, <http://www.taz.de/Waffenfirma-Heckler-Koch/!131089/>, Abfrage: 03.04.2015.

Vogel, Wolf-Dieter (2015), “Studentenmassaker in Mexiko: Deutsche Waffen, deutsches Geld”, in: TAZ, 16.01.2015, <http://www.taz.de/Studentenmassaker-in-Mexiko/!152980/>, Abfrage: 03.04.2015.

kritisiert den mexikanischen Staat für unzureichende Bemühungen bei der Prävention, Aufklärung und Bestrafung von gewaltsamem Verschwinden-lassen.¹¹ Diese Öffentlichkeit ist auch ein

Schutz für diejenigen, die für Gerechtigkeit kämpfen, in einem System, das dies mit Gewalt, Folter, Knast und Mord bestraft.

Der Kampf

ist nicht nur emotional schwierig für die Familien und Freund_innen der Opfer. Seit Monaten leben sie in Ungewissheit, halten die Erinnerung an die Tat sowie an ihre Söhne, Brüder und Freunde aufrecht. Ihr Kampf um Gerechtigkeit bringt sie in existentielle Not. Die Studierenden der Normal Rural Isidro Burgos stammen aus bäuerlichen Familien. Der Kampf für das Leben ihrer Kinder lässt den meisten Eltern keine Zeit, um ihrer Arbeit nachzugehen. Viele Eltern und Studierende leben seit der Tat in der Normal Rural Isidro Burgos, um sich zu organisieren, mit selbstorganisierten Suchtrupps nach den Verschwundenen zu suchen, die Tat in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, Druck auszuüben, zu protestieren, die Hochschule zu beschützen. Am 12. Januar 2015 ver-

¹¹Comité contra la Desaparición Forzada (2015), Observaciones finales sobre el informe presentado por México en virtud del artículo 29, párrafo 1, de la Convención, http://www.tlachinollan.org/wp-content/uploads/2015/02/INT_CED_COB_MEX_19564_S.pdf, Abfrage: 03.04.2015.

suchen sie in zwei Militärstützpunkte der Region einzudringen, um selbst nach Spuren der Verschwundenen zu suchen. In der Asamblea Nacional Popular treffen sie sich mit Menschenrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen des ganzen Landes. Sie fordern die Freilassung von allen politischen Gefangenen und rufen zu globalen Aktionstagen für Ayotzinapa auf, zur Blockade von Autobahnen und infrastrukturell wichtigen Punkten wie Häfen und Flughäfen, zur Besetzung von Mautstationen und Medien und sind fest entschlossen die Wahlen in Guerrero im Jahr 2015 zu blockieren. Im Bundesstaat Guerrero werden in vielen Kommunen die Regierungsinstitutionen besetzt und lahmgelegt. Stattdessen werden Versammlungen abgehalten oder die bereits bestehenden Selbstverwaltungsstrukturen genutzt und ausgebaut. Die basisgebundenen, selbstorganisierten „Polizeistrukturen“ (policía comunitaria) auf lokaler Ebene werden zur Selbstverteidigung und

zum Schutz genutzt, gegen die Militarisierung der Region durch den Staat nach dem Massaker.

Je länger der Protest dauerte, umso entschlossener, breiter und tiefgreifender wurde die Kritik am bestehenden System. Omar García, Student der Normal Rural isidro Burgos und Überlebender des Massakers bringt in einem Interview zum Ausdruck:

“Es sollte klar sein, dass wir uns nicht stoppen lassen. Wir haben die Bewegungen zusammengerufen und wir werden es wieder tun, um einen Vorschlag für den grundlegenden Wandel des Landes zu formulieren. Und das ist das einzige, was garantieren wird, dass sich diese Taten nicht wiederholen. Für uns ist es normal, die Probleme in ihrem Zusammenhang zu sehen, nicht nur ein Problem für sich. Und in diesen vier Monaten sind wieder einmal alle Probleme des Landes ans Licht geholt worden. Deshalb



*müssen wir weiter kämpfen.*¹²

Zu diesen Problemen gehören die Armut, die gewaltvolle Vertreibung der Landbevölkerung, die kapitalistische Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen, die Zerstörung der Umwelt und des Lebens, die maquiladora-Industrie¹³, el narco-gobierno¹⁴, die Repression gegenüber den sozialen Bewegungen, die mehr als 23.000 Verschwundenen und über 100.000 Ermordeten seit Beginn des "Drogenkrieges" vor 7 Jahre, die vom Staat verübten Massaker und Verbrechen, die Feminizide,¹⁵ die Straflosigkeit, die Korruption auf allen Ebenen, der Krieg gegen die Bevölkerung. Das Massaker an den Studenten der "Normal Rural Isidro Burgos" wird zum Beispiel für die Straflosigkeit, das repressive Vorgehen des mexikanischen Staates gegen soziale Bewegungen, die strukturelle Verwobenheit von Staat

¹²"Debe quedar claro que nosotros no nos vamos a detener. Hemos convocado los movimientos, volveremos a repetirlo a formular la propuesta de cambio al fondo del país. Y es lo único que va a garantizar que los hechos no se repitan. Estamos acostumbrados nosotros a ver los problemas en su conjunto, no nada más a un problema. Y en esos cuatro meses han salido a la luz otra vez todos los problemas del país. Por eso tenemos que seguir con la lucha." Ledesma, Ernesto (Interviewer)&Omar García (Interviewter) (28.01.2015), "Ayotzinapa: el carpetazo histórico", in: Perspectivas, Rompeviento TV, <https://www.youtube.com/watch?v=IJUSOIFpXQc>, Abfrage: 03.04.2015.

¹³Maquiladoras sind Betriebe in zollfreien Produktionszonen, beispielsweise im Norden Mexikos, in denen Einzelteile für den Export zusammengesetzt werden. Sie werden i.d.R. von transnationalen Unternehmen (Ford, Philips, Toshiba etc.) betrieben, die den Arbeiter_innen Hungerlöhne zahlen, sich nicht an Arbeiter_innenrechte halten und oft enorme Umweltschäden in den Regionen verursachen.

¹⁴Der Begriff "narco-gobierno" ist eine Bezeichnung, um die strukturelle und systematische Verwobenheit der mexikanischen Regierung mit den Drogenkartellen benennt.

¹⁵Unter Feminizid wird der Mord an Frauen aus sexistischen und frauenfeindlichen Motiven verstanden.

und Drogenkartellen, die zehntausenden Verschwundenen und die fehlende Gerechtigkeit für die Opfer.

Es gibt viele unterschiedliche Positionen innerhalb der Bewegung, die sich in Solidarität mit Ayotzinapa formiert. In breiten Kreisen wird der Rücktritt des Präsidenten Peña Nieto gefordert. Einige wünschen sich politische Reformen und einen weniger korrupten Staat. Andere sprechen von grundlegenden Veränderungen: dem Kampf gegen Staat und Kapitalismus und die bis dato andauernden nekolonialen Abhängigkeits- und Machtverhältnisse. Es ist eine Bewegung, die es schafft, die unterschiedlichen Formen von Gewalt gegen die Bevölkerung in einen Zusammenhang zu stellen und als systematisch zu begreifen und nicht vereinzelt und zusammenhanglos nebeneinander.

Monatelang gehen jede Woche allein in Mexiko-Stadt hunderttausende von Menschen auf die Straße. Im ganzen Land wird protestiert. An den Universitäten und Schulen wird tagelang der Betrieb lahmgelegt. Stattdessen treffen sich Studierende und Schüler_innen zu Versammlungen, analysieren die Ereignisse, diskutieren ihre Standpunkte und das weitere Vorgehen, planen unterschiedliche Formen von symbolischer Solidarität, besetzen die Mautstationen der Autobahnen oder organisieren Konzerte, um Geld für den Kampf der Familien zu sammeln, nehmen sich die Radio- und TV-Stationen ihrer Universitäten, um den Betroffenen ein Wort zu geben. Nationale und internationale Organisationen und soziale Bewegungen erklären sich solidarisch mit den Familien der Opfer und den Studierenden

den der Normal Rural Isidro Burgos. Im November – 2 Monate nach dem Verschwinden der 43 Studenten – beginnt der mexikanische Staat den solidarischen Protest zunehmend mit roher Gewalt zu unterdrücken. Die Taktik zielt auf Einschüchterung. Auf den Demonstrationen werden willkürlich Demonstrationsteilnehmer_innen und an den Universitäten Studierende verprügelt, festgenommen und gefoltert.¹⁶

Doch der Protest lässt sich nicht so leicht zum Schweigen bringen. Die Familien der Verschwundenen und die Studenten der Normal Rural Isidro Burgos geben auch anderen die Kraft und den Mut sich aufzulehnen. Denn noch immer fehlen 43:

Abel García Hernández, Abelardo Vázquez Peniten, Adán Abraján de la Cruz, Antonio Santana Maestro, Benjamín Ascencio Bautista, Bernardo Flores Alcaraz, Carlos Iván Ramírez Villarreal, Carlos Lorenzo Hernández Muñoz, César Manuel González Hernández, Christian Alfon-

so Rodríguez Telumbre, Christian Tomás Colón Garnica, Cutberto Ortiz Ramos, Dorian González Parral, Emiliano Alen Gaspar de la Cruz, Everardo Rodríguez Bello, Felipe Arnulfo Rosas, Giovanni Galindes Guerrero, Israel Caballero Sánchez, Israel Jacinto Lugardo, Jesús Jovany Rodríguez Tlatempa, Jonás Trujillo González, Jorge Álvarez Nava, Jorge Aníbal Cruz Mendoza, Jorge Antonio Tizapa Legideño, Jorge Luis González Parral, José Ángel Campos Cantor, José Ángel Navarrete González, José Eduardo Bartolo Tlatempa, José Luis Luna Torres, Julio César López Patolzin, Leonel Castro Abarca, Luis Ángel Abarca Carrillo, Luis Ángel Francisco Arzola, Magdaleno Rubén Lauro Villegas, Marcial Pablo Baranda, Marco Antonio Gómez Molina, Martín Getsemany Sánchez García, Mauricio Ortega Valerio, Miguel Ángel Hernández Martínez, Miguel Ángel Mendoza Zacarías, Saúl Bruno García, Julio César Ramírez Nava, Alexander Mora Venancio.

Vicky

¹⁶Als ein Beispiel gelten die am 20. November 2014 in Mexiko-Stadt willkürlich festgenommenen 11 Personen, die während ihrer Gefangenschaft nachweislich von der Polizei bedroht und misshandelt wurden. Siehe: Amnistía Internacional (2014), Acción Urgente: Detenciones y malos tratos contra manifestantes, <http://amnistia.org.mx/nuevo/wp-content/uploads/2014/11/amr410422014es.pdf>, Abfrage: 03.04.2015.



Zwischen Angst und Verantwortung

Möglichkeiten radikaler Analyse und Kritik innerhalb der Akademie

Viel Energie wird dafür aufgebracht zu diskutieren wessen Wissen an der Universität gelehrt und gelesen wird. So wichtig diese Diskussionen sind, so entscheidend ist es auch zu klären, was wir aus dem Wissen machen. In der Widersprüchlichkeit von Neoliberalisierung, Leistungszwängen und sozialen Ausschlüssen bietet uns die Universität auch Unmengen an Theorie, Literatur und Veranstaltungen, die radikale Analysen und Kritik möglich machen und uns für unsere politische Arbeit in oder außerhalb der Universität Handlungsspielräume ermöglichen.

Bestandsaufnahme: Uni – wofür eigentlich?

An der Universität lernen wir akademisch zu sprechen, zu schreiben und zu denken. Wir lernen uns im Labyrinth der Wissenschaft zurecht zu finden, indem wir kulturelle Codes wie richtiges Begrüßen, richtiges Sitzen und Kleiden

lernen. Wir lernen uns möglichst unsichtbar in die deutsche Elite einzufinden – egal welcher unser sozialer Background ist; die Universität macht uns auf eine gruselige Art und Weise gleich. Autorität und Respekt den akademisch Höhergestellten und Ellenbogenlogik für die noch mit einer_m Gleichgestellten. Immerhin geht es um alles was in kapitalistischen Gesellschaften wichtig ist: eine Ausbildung für die Karriere, eine Karriere für den sozio-ökonomischen Status, der Status für ein möglichst finanziell abgesichertes Leben.

Junge Menschen in Deutschland fürchten nichts mehr als den sozialen Abstieg, das haben wir zumindest letzstens mal wieder im Focus oder dem Spiegel gelesen. Der von den vorherigen Generationen schwer angehäuften Wohlstand, mit dem Deutschland so viele Flüchtende und Migrant_innen lockt, sei nämlich konstant unter Bedrohung. Und es sind vor allem junge Menschen

aus Akademiker_innenfamilien, welche diesen sozialen Abstieg fürchten – und somit die Konkurrenzlogik an den deutschen Universitäten weiter ankurbeln. Dies heißt, dass die Universität immer weniger als Ort der kritischen Auseinandersetzung, als Lebensphase der Neu- und Reinterpretation des Selbst und der Gesellschaft, wie noch in den 1960er und 1970er Jahren, verstanden wird. Heute ist ein tristes sich-von-einer-Klausur-zur-nächsten-Langhangeln zum Alltag geworden. Nur die möglichst gute Endnote zählt; ob ich als Studierende_r nun etwas sinnvolles dazugelernt habe oder nicht wird zur Nebensache.

Im Zusammenhang mit den Bologna-Reformen, welche klar von einer marktausgerichteten Logik von ‚immer schneller; immer weiter‘ geprägt sind, wird Studierenden ein eigenständiges und flexibles Studium verunmöglicht, was zur weiteren Einschüchterung beiträgt. Ein Trotz stellt sich ein, welcher zum weiteren Absacken der eigenen Motivation am Studium führt. In unseren Studienjahren sind wir in den Sozialwissenschaften auf unglaublich

uninteressierte Mitstudierende getroffen. Selbst engagierte Dozierende schaffen es nicht mehr als eine handvoll Studierende dazu zu bewegen, Texte aufmerksam zu lesen und dabei auch selber mitzudenken. Die Texte unserer Kommiliton_innen sind meist kaum angestrichen; keine Fragen am Rand; keine eigenen Recherchen. Leere Gesichter in physisch vollen Räumen. Das Seminar verfällt zu einer quälenden Zwangsveranstaltung wo nur noch die Pflichtlektüre, wenn überhaupt, gelesen wird. Und wenn es nicht die Lethargie des gefühlt unsinnigen Herumsitzens ist, dann ist es die Angst, die von Dozierenden und Studierenden zugleich, geschürt wird. Die Angst zu sprechen. Die Angst etwas Falsches zu sagen. Eine falsche Antwort auf eine (falsche?) Frage zu geben. Den eigenen sozialen Hintergrund doch zu verraten und somit schlussendlich ausgeschlossen zu werden. Den eigenen Akzent hörbar zu machen und somit als ‚Migrationsexpert_in‘ gebrandmarkt zu werden. Angst zu viel eigene Meinung und zu wenig Objektivität zu verraten. Angst als ‚dumm‘ zu gelten.



Staatliche Institutionen haben es an sich, Menschen so auszubilden, dass sie dem eigenen System nützlich sind. Sprich, wenn wir in neoliberal, kapitalistischen Gesellschaften, wie der deutschen, überleben wollen, müssen wir unseren nützlichen Platz finden. Und die Universität bereitet uns genau hierauf vor.

Diese Angst ist natürlich nur möglich weil die Universität, wie die meisten Ausbildungsorte, eine staatliche Institution ist. Und staatliche Institutionen haben es an sich, Menschen so auszubilden, dass sie dem eigenen System nützlich sind. Sprich, wenn wir in neoliberal, kapitalistischen Gesellschaften, wie der deutschen, überleben wollen, müssen wir unseren nützlichen Platz finden. Und die Universität bereitet uns genau hierauf vor.

Ausnahmefall: Gute Seminare

Im Wintersemester 2014/15 fand jeden zweiten Freitagnachmittag das Seminar „Hierarchies in Israel – political economy of class and status“ vom Ökonomen Shir Hever am OSI statt. Nur eine Hand voll Studierender nahm die Möglichkeit war und besuchten das Seminar. Während das Seminar ein Angebot aus dem Feld regionaler Politikanalyse war, wurden uns grundlegende ökonomische und soziale Theorien näher gebracht. Nirgendwo anders haben wir erlebt, dass 3-stündige Frontalvorträge so sinnvoll sein können. Während uns Hever mit Literatur über Geschichte, Politik, Recht und Ökonomie in Palästina/Is-

rael versorgte, schaffte er es diese im Seminar miteinander zu verknüpfen, wissenschaftlich kritisch zu analysieren und zu diskutieren. Das umfasste die Geschichte und Entwicklung des israelischen Staates, die Besetzung Palästinas, Migrationsbewegungen, Gewerkschaften, politische Gruppen und Ideologien, soziale Minderheiten, Rüstungsunternehmen und andere gesellschaftliche Akteur_innen. Außerdem setzten wir uns mit grundlegenden theoretischen Debatten um Krieg und Ka-

pitalismus, Kapitalismus und Rassismus oder Kolonialismus und Religion auseinander. Letztendlich haben wir gelernt, wie aussagekräftig ökonomische Studien und Analysen sind und wie sauberes wissenschaftliches Arbeiten Licht in Diskussionen bringen kann, die wenn überhaupt bekannt, oftmals von Propaganda, sozialen Tabus oder scheinbar gegensätzlichen Informationen geprägt sind.

Warum kennen wir diese Art von Wissenschaft nur aus Seminaren über scheinbar weit entfernte Gesellschaften? Die Analyse der Gesellschaft, das Untersuchen von sozialen Hierarchien, der Klassengesellschaft, die Geschichte mächtiger Akteur_innen – ob Unternehmen, Parteien oder Einzelpersonen –, die kritische Analyse des Staates und seinen Institutionen, ist grundlegend um soziale, wirtschaftliche und politische Dynamiken zu verstehen. Wir wollen das Verständnis für politische Kämpfe rund um den Globus jedoch nicht als Ersatz für eine radikale Analyse und Kritik deutscher Verhältnisse eintauschen. Auch wenn leider so schnell kein Seminar namens „Hierarchies in Germany – political economy of class and status“ angeboten werden wird, bleibt uns an der Universität die Möglichkeit in anderen Seminaren und Vorlesungen das Wissen zu sammeln, das uns ermöglicht radikale, antikapitalistische Analysen zu verstehen und zu benutzen.

Möglichkeiten antikapitalistischer Kritik?

Historisch sowie aktuell finden sich viele Beispiele für revolutionäre Wis-

senschaftler_innen, welche es schafften Theorie und Praxis organisch zu verbinden. Huey Newton studierte 1966 Rechtswissenschaften in Oakland, USA, als er Bobby Seale traf und mit ihm die Black Panther Party for Self-defence (BPP) gründete. Die BPP war eine marxistische Organisation von schwarzen Menschen in den USA, die gegen das brutale rassistische und kapitalistische politische System in den USA kämpften, das schon damals unter anderem in Form von Polizeigewalt die schwarze Bevölkerung terrorisierte. An der Universität analysierte Newton, damals 24 Jahre alt, das US-amerikanische Waffenrecht und begann mit der BPP selbstorganisierte und bewaffnete Kontrollen von Polizeistreifen, die unter US-amerikanischem Recht völlig legal waren und damit einen wichtigen Handlungsspielraum für das gesellschaftliche Empowerment und den politischen Kampf der schwarzen Bevölkerung bildeten. Das 10-Punkte-Programm der BPP basierte auf Umfragen innerhalb der schwarzen US-Bevölkerung zu ihren grundlegenden Problemen. Studentische Untergruppen der BPP organisierten sich an verschiedenen US-Universitäten und nutzten die Akademie als Ort des politischen Kampfes. Über die USA verteilt organisierte die BPP aber auch Frühstücksprogramme, Rechtsberatung, Jugendaktivitäten, Konferenzen und politische Bildungsangebote für die mehrheitlich nicht-akademische schwarze Community.

Auch die Biografie des renommierten Linguisten, Philosophen und Anarchisten, Noam Chomsky, zeigt uns Wege der Kritik innerhalb der Akademie. Bereits in der Jugend hat sich Choms-

ky für die jüdisch-anarchistischen Arbeiter*innenorganisationen der großen US-Metropolen interessiert und hat schon früh, neben seiner akademischen Tätigkeit, kritisch zum Vietnam-Krieg aber auch den rassistischen Rassentrennungsgesetzen in den USA Stellung bezogen. Seine ausgesprochen offene Kritik hat etliche Hausdurchsuchungen und viele Vernehmungen und Verhaftung nach sich gezogen. Jedoch blieb Chomsky standhaft, sprach weiter auf politischen Podien, schrieb Essays und gab Interviews. Unterstützt

durch viele seiner Studierenden sowie aufgrund seiner herausragenden akademischen Arbeit im Feld Neuerer Linguistik, konnte die US-Regierung bis heute seine Reden nicht aufhalten oder verbieten. Der in einer Ashkenazim jüdischen Familie aufgewachsene Noam Chomsky ist ein überzeugter Anti-Zionist und heute einer der wichtigsten öffentlichen Kommentatoren gegen Israels fortwährendem Genozid in Palästina.

Abschließend möchten wir den Werdegang eines wichtigen antikolonialen

Marxisten, Frantz Fanon, in Erinnerung rufen. Der in der französischen Kolonie Martinique geborene Fanon studierte in Frankreich Psychologie und Literaturwissenschaften und beschäftigte sich in seiner anschließenden Ausbildung zum klinischen Psychiater mit den psychologischen Effekten von Kolonialismus auf kolonisierte Bevölkerungen. Nachdem er als ausgebildeter Psychologe nach Algerien ging, erlebte er die Brutalität der kolonialen Realität noch extremer und beschloss sich, kurz nach Ausbruch der Algerischen Revolution 1954, der FLN (Front de Libération Nationale, auf Deutsch: Nationale Befreiungsfront) anzuschließen. Als Parteifunktionär reiste er durch weite Teile Algeriens und machte sich als militärischer Stratege nützlich. Neben seiner po-

Solange wir uns vernetzen und austauschen, solange wir die Kämpfe in den Communities und auf der Straße ehrlich, auch mit akademisch generiertem Wissen, nähren und unterstützen, können wir sowohl innerhalb sozialer Kämpfe existieren, als auch als Wissenschaftler_innen sinnvoll arbeiten.

litisch-militärischen Tätigkeit schrieb er weiter an Schriften zu psychologischen und antikolonialen Themen. Bevor Fanon 1961 an einer Krankheit verstarb, schrieb er sein wohl einflussreichstes Werk, Die Verdammten dieser Erde, in welchem er für die Nutzung von Gewalt gegen die Kolonialmacht argumentiert, sowie für einen dritten Weg in Ablehnung des westlichen Kapitalismus und des Sowjetischen Imperialismus plädiert. Für postkoloniale Gesellschaften sieht er nur in einem eigens herausgebildeten Sozialismus, unabhängig vom Westen und der Sowjetunion, eine Antwort.

Unsere Aufgabe

Wie wir sehen, ist der Eintritt in die Akademie nicht zwangsläufig ein Verrat an emanzipatorischen Ansprüchen und antikapitalistischen Überzeugungen. Die Akademie ist eine staatliche Institution und reproduziert daher zwangsläufig hegemoniales Denken und Handeln. Sie schafft die nächste Generation von Verwalter_innen und Denker_innen des kapitalistischen Systems. Kein Wunder, dass so viele nicht-akademische Arbeiter_innen eine solche Abneigung gegen Studierende und Intellektuelle zeigen. Letztendlich ist der Alltag im akademischen Betrieb schon so entfremdet von den materiellen Verhältnissen der außeruniversitären Welt, dass es vielen selbst im eigens ausgesuchten Studiengang schwer fällt Essays, Hausarbeiten, Bachelor- oder Masterarbeit über Themen zu schreiben, die sie interessieren, die mit den realen Leben von Menschen um sie herum zu tun haben und die dazu beitragen gesellschaftliche Missstände zu verstehen und zu bekämpfen. Wis-

senschaftliches Arbeiten verkommt so immer mehr zum Selbstzweck, zum Schreiben für die Schublade. Abstrakte Begriffe werden durchdekliniert, die außer einer Hand voll Eingeweihter eh kein Mensch versteht. Doch es ist nicht nur das: Die meisten davon muss auch kein Mensch kennen, denn sie enthalten weder emanzipatorisches Potenzial noch irgendeinen Nutzen für ein tiefgehendes Verständnis der existierenden gesellschaftlichen Prozesse.

Wir wissen: Wissen ist Macht. Wenn wir Texte lesen und uns Wissen aneignen müssen wir uns fragen wessen Wissen wir da aufnehmen, aber auch wofür? Wenn wir wissenschaftliche Texte schreiben und Wissen erstellen müssen wir uns fragen wer diese Texte lesen, wen dieses Wissen überhaupt erreichen soll? Verschenken wir unser Wissen an Dozent_innen und Professor_innen? Verkaufen wir unser Wissen und unsere Arbeitszeit an Unternehmen oder staatliche Institutionen? Oder teilen wir es mit unseren – auch nicht-studierenden – Mitmenschen durch Diskussionen, Tutorien, Informationsveranstaltungen oder Lesekreise? Daran anknüpfend müssen wir uns bewusst werden, welche der potentiellen wissenschaftlichen Fragen unserer Studienzeiten wirklich gefragt werden müssen? Welche Themen sollen die akademische Landschaft prägen?

Wie jeder andere Ort auch ist die Akademie ein Ort des Kampfes. Auch hier müssen wir Kämpfe um das Hör- und Sagbare führen. Müssen den akademischen Kanon grundsätzlich hinterfragen und neue Impulse setzen, um ein freieres Denken möglich zu machen.

Wir sind als Individuen immer Teile der Gesellschaft, denn wir sind soziale Wesen. Daher verstehen wir unsere Aufgabe als kritische Studierende und Wissenschaftler_innen darin, die Universität als gesamtgesellschaftlichen Ort neu zu erfinden. Diesen Ort für uns, unsere Fragen und Kämpfe zu beanspruchen. Und das können wir nur wenn wir uns erstens, dem hegemonialen Wissen ernsthaft widmen – denn wie sollen wir etwas kritisieren was wir nicht kennen? – und zweitens, alternatives, revolutionäres Wissen, in die Universität tragen und eine ernsthafte Dialektik, einen Austausch, zwischen Theorie und Praxis suchen.

Wohin geht's?

Wie wir sehen ist die Akademie keine Einbahnstraße, sondern im Gegenteil eine Institution in der wir, wenn einmal

drinnen, wählen können welches Wissen wir uns aneignen, wessen Theorien wir durchdringen und welche Form von Solidarität und Kritik wir üben wollen. Als Intellektuelle haben wir, ob es und gefällt oder nicht, wie Noam Chomsky bereits 1967 formulierte, eine Verantwortung. Wir haben die Verantwortung politisch Position zu beziehen. Als Antikapitalist_innen sehen wir die Universität, die Akademie als weiteren Ort des Kampfes um die Hegemonie. Solange wir uns vernetzen und austauschen, solange wir die Kämpfe in den Communities und auf der Straße ehrlich, auch mit akademisch generiertem Wissen, nähren und unterstützen, können wir sowohl innerhalb sozialer Kämpfe existieren, als auch als Wissenschaftler_innen sinnvoll arbeiten.

**Matt Monroy und Eleonora Roldán
Mendivil**

ZU DEN AUTOR_INNEN

Matt Monroy, Jahrgang 1993, ist Musiker, Filmemacher und Aktivist. Er studiert seit 2013 Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Eleonora Roldán Mendivil, Jahrgang 1988, studierte von 2009 bis Anfang 2014 Politikwissenschaft an der Universität Potsdam, dem Institut des Études de Sciences Politiques Bordeaux und der Freien Universität Berlin. Seit Ende 2014 studiert sie im M.A. Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Sie ist Politische Bildungstrainerin und Freie Dolmetscherin.

Matt Monroy und Eleonora Roldán Mendivil sind seit 2013 in einer antikapitalistischen Gruppe von Mirgant*innen/Nicht-weißen Menschen in Berlin organisiert

Espress yourself.

Für eine
menschewürdige
Gesellschaft

Espress yourself.

LANA
ONLY

KOVAN

Schöne neue Chipkartenwelt

CampusCard - jetzt aber wirklich?!

Die ersten HU Studis halten sie schon in der Hand. Doch wie sollte es auch anders sein, verschiebt sich die Einführung der CampusCard nun weiter nach hinten, als geplant. Viele andere Berliner Universitäten sind an dem Projekt beteiligt, dessen Leitung von der Humboldtuni ausgeht. Eigentlich nichts Neues, denn schon vor fast 20 Jahren war ein elektronischer Studiausweis für Berlin geplant und auch an der TU im Alleingang verwirklicht worden. Kritisiert wird die neue CampusCard an der HU von studentischer Seite bisher wegen dem autoritären Ablauf der Einführung und den unklaren Zielsetzungen

der Karte. Während anfangs nur die Funktionalität der MensaCard und des Studiausweises zusammengelegt wird, ist eine Ausweitung auf andere Bereiche schon im Projekt vorgesehen oder zumindest von kritischen Stimmen befürchtet. Offiziell bestreitet die FU eine Beteiligung, scheint aber intern bereits Vorbereitungen zu treffen, um schnell nachziehen zu können, sobald die Testphase an der HU abgeschlossen ist.

Der große Papiausweis ist gewiss nicht mehr die häufigste Erscheinung und an einer Vielzahl der Unis in nahezu allen Teilen der Welt lassen sich stattdessen Chipkarten finden. Doch

wie kam es zu dieser Entwicklung und was bringt sie mit sich? Es lohnt, den Blick zurück zu wenden auf vier studentische Publikationen der letzten 30 Jahre. Was uns heute an Technikeinsatz als normal vorkommt, war früher Anstoß der Kritik. Und während wir



manche Einschätzungen nun vielleicht belächeln, bringen diese Sichtweisen Gefahren deutlich auf den Punkt, die uns entweder nicht mehr offensichtlich einfallen oder schon längst von der Realität überholt wurden.

Auch wenn der unterschätzte Einführungsprozess sich hier verzögert, bleibt kein Grund zu Freude; finden sich im Ablauf doch etliche Parallelen zu dem, was vor 15 Jahren aus Bremen berichtet wurde.

Die CampusCard

Doch zuallererst ein paar Informationen was die geplanten Funktionalitäten betrifft. Intern ist ein Funkchip verbaut, um auf kurze Entfernungen die Karte mit einem Lesegerät in Verbindung zu setzen. Damit sie auch ohne ein solches nutzbar ist, sind die meisten Informationen wie bisher aufgedruckt. Doch da die Plastikkarte per Post schwerer zu verschicken ist, wird sie durch einen Automaten ausgegeben, dem vermutlich ein QR-Code gezeigt wird. Ab dann muss sie lediglich einmal pro Semester an einem Validierungsautomaten aktualisiert werden. Gültigkeit der Karte und des Semestertickets werden auf einem wiederbedruckbaren Thermstreifen vermerkt, da das nicht-elektronische Lesen des Ausweises wohl noch eine Weile Bestand hat. Auch der Bibliotheksausweis bleibt als Barcode auf der Karte erhalten, wird aber perspektivisch auch auf den Chip verlagert. Ohne optionales Passfoto soll die CampusCard nur mit einem amtlichen Lichtbildausweis gültig sein.

Der Chip auf der Karte ist ein selbstständiger Computer mit verschiedenen

Bereichen, um einerseits weitere Anwendungen nachzuladen und andererseits die Funktion als Mensakarte des Studentenwerks von der Schließfunktion oder einem späteren eTicket des VBB zu trennen.

Neue Technologien und Hochschule

So lautete der Titel der Veranstaltungsreihe des AStA FU vom 3. bis 7. Dezember 1984. Ulrich Briefs brachte in seinem Podiumsbeitrag eine Position auf den Punkt, die im Lichte der aktuellen Erkenntnisse gar nicht so falsch lag: »Das sind universelle Kontrolltechnologien. [...] Auf lange Sicht werden [...] die komplexen, flächendeckenden Netzwerksysteme im Vordergrund stehen.

Wenn überhaupt gibt nur eine Scheinbeteiligung von Studis am Prozess und die Stufen der Einführung sehen vor, mit den attraktiven, wenig invasiven Funktionen zu beginnen, um später, wenn es kein zurück mehr gibt, nachzurüsten.

Und das ist eine ganz andere Technik, und die bringt aus technisch zwingenden Gründen neue Formen der Kontrolle und Überwachung mit sich[...].«

Auch im Referat „Technologieeinsatz in der Hochschule“ von Gudrun Quandt wird sehr grundsätzlich angefangen, wenn es um die Einführung und ihre Gründe geht: »Als theoretischer Hintergrund ist dabei die folgende Frage zu sehen: Stimmt es eigentlich, dass, wie allgemein angenommen wird, die Technologie Mittel zum Zweck ist, wobei eine (ideologische) Kritik an dem Zweck selbst anzusetzen hätte, oder ist die Technologie nicht der Zweck selbst, wo beides, Mittel und Zweck, auch Ursache und Wirkung nicht zu trennen sind.« Gerade das häufigste Argument zur Befürwortung der CampusCard ist, dass der Papierausweis nicht mehr zeitgemäß wäre und alles auf einer Karte viel bequemer sei. Dies verschleiert den politischen Willen zur Smartcard und allem was dazu gehört, zeigt aber auch, dass ein zusätzlicher Grund zur Einführung eben auch die reine Existenz der Technologie ist und somit auch deren Eigenschaften und Entwurfsentscheidungen keineswegs neutral daherkommen, wenn sie in der Verwendung diese und jene Auswirkungen mit sich bringen.

Noch zwei Punkte des Referates betreffen im Besonderen die CampusCard: »These 1: Die Anwendung der Neuen Technologien an der Universität ist Bestandteil der gesamtgesellschaftlichen Durchsetzung der Technologie.« Ähnliches lässt sich im Chipkarten-Reader des AStA Bremen von 1999 oder der LandesAstenKonferenz Berlin von

2003 lesen. Im Diskurs um die „Bürgerkarte“ ist es leichter gesellschaftliche Akzeptanz zu finden, wenn sie in Unis schon in der Vorstufe verbreitet ist. Denn die rangezogene Elite gilt als fortschrittlich und modern und wird in späteren Entscheidungspositionen die ihnen vertrauten Technologien weiter in die Gesellschaft tragen. Hingegen wurde eine „Asylcard“ als hinderlich für ein gutes Image der „Bürgerkarte“ gesehen, da sie offenkundig Kontrolle und Repression verkörpert.

»These 3: Mit den Neuen Technologien kommt es zu genaueren Ausprägungen der inner-universitären Hierarchien und Interessensgruppen. Dies ist gleichzeitig eine wesentliche Voraussetzung für die Durchsetzung der Neuen Technologien an der Hochschule.«

Berechtigungen können detailliert aufgefächert werden, wo zur Zeit keine Kontrollmöglichkeiten gegeben sind. Regeln lassen sich in abbilden in Technik, der die Betroffenen ausgesetzt sind. Sie als Machtmittel kann dabei sehr starr gestaltet sein, wenn die menschlichen Entscheidungsmöglichkeiten an sie delegiert wurden, während sonst Ermessungs- und Interpretationsspielraum sowie Ausnahmen in vielen Situationen gegeben sind, um die ohnehin schon schwerfälligen Prozesse in Bewegung zu halten. Leute, die nicht in das erdachte Modell passen, dürfen sich zukünftig also noch größeren Hürden ausgesetzt sehen. Der politische Wille zu maschineller Verarbeitung kommt mit einem Misstrauen einher gegenüber Abläufen, die zur Zeit autonom von Menschen entschieden werden.

Wieso eine Chipkarte?

Dass zur Identifizierung der Person eine Chipkarte verwendet wird, ist den Umständen geschuldet, dass trotz der seit vielen Jahren gängigen Zukunftsvisionen der technische Fortschritt und die Verbreitung langsamer vorstatten gehen als vorhergesagt und somit die biometrische Erkennung nicht zuverlässig ist und aus guten Gründen skeptisch betrachtet wird. Aufgrund von Inkompatibilitäten hält sich auch das Anmeldeverfahren mit Name und Passwort erstaunlich lang, während für Chipkarten immer die Funktion mitgedacht war, Rückmeldung und ähnliches damit abzuwickeln. Aus dieser Zeit stammt auch noch hinsichtlich des Datenschutzes die Fokussierung auf das, was auf der Karte selbst an Daten gespeichert ist. Denn ohne zentrale Server, die mobil über das Internet erreichbar sind, war es nötig, dass die Karte eigenständig mit dem Lesegerät kommuniziert und das Ergebnis auch bei sich abspeichern kann. Somit ist z.B. der Kontostand der MensaCard auch für Offline-Kassen nutzbar. Doch durch die Verbreitung von mobilem Internetzugang reicht es aus, wenn durch die CampusCard die Person identifiziert ist und alle sonstige Verarbeitung im System auf Servern ohne Einbeziehung der Karte stattfindet. Es ist also Augenwischerei, wenn in Datenschutzbestimmungen angegeben ist, was auf der Karte gespeichert wurde, denn viel interessanter ist, was in den Betreibersystemen gesammelt wird. Statt einer CampusCard zur Personenerkennung könnten genauso gut Biometrie eingesetzt werden wie eigene Smartphones, welche zum Glück

noch keine hundertprozentige Ausbreitung erfahren haben.

Bremen anno 2000

»Die Studierenden sollen mit der Karte auch die normalen Verwaltungsdienste in Anspruch nehmen können und später auch über die Grenzen von Bremen hinaus rechtsverbindlich über das Internet kommunizieren können«, erklärte Martin Wind, der das Projekt zur Einführung von Chipkarten an der Bremer Universität betreute. Abgesehen von derartigen Plänen lassen sich aber viele Parallelen in Ablauf der Einführung erkennen. Wenn überhaupt gibt nur eine Scheinbeteiligung von Studis am Prozess und die Stufen der Einführung sehen vor, mit den attraktiven, wenig invasiven Funktionen zu beginnen, um später, wenn es kein zurück mehr gibt, nachzurüsten.

»Insgesamt ein groß angelegtes Projekt. Die Studis erfuhren rein zufällig davon, als die Chipkarte in einer Veranstaltung zur Ankündigung der neuen LPO in einer Bemerkung als das Mittel angeführt wurde, mit dem die Überprüfung der vorgeschriebenen 160 SWS praktisch endlich durchführbar sei. Die Verwaltung versuchte zwischenzeitlich zum einen Verwirrung zu stiften, indem sie sogar irgendwann die konkrete Planung einer Karte überhaupt dementierte, zum anderen wirbt sie damit, wie bequem das alles doch sei, wobei hinter diesen banalen (und gar nicht so richtigen) Argumenten die Substanz verloren geht.«

Es ist zu vermuten, dass es damals eine größere Gegenwehr und Beschäftigung

mit dem Thema gab, als es heute der Fall ist. Viele Studis nehmen die Idee eines elektronischen Ausweises wohlwollend an. Ebenso würden sie vielleicht den – in dem Bremer Chipkartenreader problematisierten – polizeilichen Zugriff auf Ausleihdaten der UB gutheißen, geht es doch um die allgemeine Sicherheit. Die Karte stört nicht, solange sich konform verhalten wird. Und die Auswirkungen aufgrund etwaigen falschen Verdachts werden als notwendiges Risiko hingenommen.

Folge der Karte

Der im Februar demonstrierte Hack der Thüringer Hochschulkarte „thoska“ zeigt, ein weiteres Beispiel auf, wie gesellschaftlich mit den Risiken umgegangen wird. Obwohl entsprechende Sicherheitsmängel längst bekannt waren, blieben die alten Karten noch jahrelang im Betrieb. Um darauf hinzuweisen, nutzte eine anonyme Gruppe diese Möglichkeit, um Zugang zu Räumen der Uniklinik und sonstigen Uniräumen zu erlangen, kostenlos zu kopieren oder zu essen, das Semesterticket zu verlängern oder fremde Karten auszulesen.

Welche Kontroll- und Ausschlussmechanismen kann die Karte mit sich bringen? Dazu reicht eine kurze Bestandsaufnahme über die bisherige Verwendung an Unis oder ein Blick auf die Website der Firma InterCard AG.

Sie wirbt damit, Zugriffsrechte flexibel vergeben und entziehen zu können. Es ist schon gängige Praxis, Campus, Gebäude oder Trakte abzuriegeln, sodass nur eine gewisse Gruppe privilegiert ist, den ihnen zustehenden Teil zu nutzen. Öffentlicher Raum wird beschnitten

und eine künstliche Separierung eingeführt, sei es zwischen Bachelor und Master, den Fachbereichen oder Studis und Doktorand_innen, Bezahlstudium und regulären Studiengängen.

Angepriesen wird auch die Vernetzung des Systems mit der Alarmanalyse, sodass bei verdächtigen Zugriffen auch gleich die Kameras draufhalten können. Doch wäre dies nur die Spitze des Datenbergs, dessen Ansammlung auch eine Machtanhäufung impliziert. Des Weiteren ist eine fortschreitende Monitarisierung durch die integrierte Bezahlungsfunktion möglich und so ist es denkbar, jede Schließfachnutzung einzeln abzurechnen. Darunter fällt auch die für später vorgenommene Integration eines eTickets, das zwar hauptsächlich aus dem zwanghaften Verdacht gewollt ist, dass der heutige Ausweis von nicht-Studis genutzt wird. Doch lässt sich, sobald die Bahnhöfe nur mit dem Einchecken betreten werden können, auch ausdifferenziert verwalten, ob eine übermäßige Nutzung und Strecken, die über den Weg vom Haus zur Uni hinausgehen, vielleicht nicht doch extra gezahlt werden müssen. Was das Essen betrifft sind weiche Disziplinierungsversuche schon bekannt, wobei über die Menüwahl Buch geführt wird, um der gesunden Ernährung auf die Sprünge zu helfen.

Anwesenheitslisten ade?

Auch wenn es an der FU wohl einem Mammutprojekt gleicht, flächendeckend Lesegeräte so mit dem Campus-Management zu verbinden, dass die regelmäßige Teilnahme automatisiert erfasst wird, wäre dies kein Novum.

Und gerade die Fehleranfälligkeit steht in krassem Gegensatz zu der durch die Planungsphase angelegten Totalität komplexer EDV-Systeme. Erst im Nachhinein wird dann wieder festgestellt, dass händisch und bürokratisch korrigiert werden muss, was ohne das System einfacher wäre. Wer rechnet auch schon mit Geräteausfällen, Lese Fehlern, kaputten Karten oder damit, dass sie eben auch vergessen oder verloren werden kann. Andererseits eröffnet eine elektronische Anwesenheitskontrolle auch eine adaptive Praxis, für mehr als eine Person die Karten mit sich zu führen.

An die Grenzen stoßen

Über die bisher besprochenen Aspekte hinaus gibt es viele kleine Absurditäten, die auftauchen können. Denn ein Modell ist immer Interpretation und Vereinfachung, gerade weniger gewichtige Fälle werden oft übersehen. Durch die Trennung von MensaCard und Ausweis ist es kein Problem, sie zu verleihen – doch wird das auch mit der CampusCard klappen? Wie lange bleibt das auf dem Thermostreifen Aufgedruckte lesbar? Die Ausgabe- und Aktualisierungsautomaten bilden nicht nur den Flaschenhals, wenn alle zur gleichen Zeit ranmüssen, sondern sind erfahrungsgemäß auch oft kaputt. Das vorgeschobene Argument der Bequemlichkeit zerfällt spätestens an diesem Punkt. Wurde über Barrierefreiheit nachgedacht?

Weniger ist mehr



Dass der aktuelle Ausweis weder robust ist noch ein handliches Format hat, ist kein Geheimnis. Falls Wille besteht, dies zu ändern, sollte doch ein Pappausweis in der Größe einer Visitenkarte die augenscheinlichste Lösung sein. Die CampusCard ist politisch gewollt und schon seit Jahrzehnten werden massiv Geldmittel von Staat und Firmen dafür aufgebracht. Doch geht es nicht um eine Kosten-Nutzen-Analyse, sondern die Uni als Sprungbrett für die Chipkartentechnologie, so die These der mehr als 15 Jahre alten studentischen Publikationen.

Ein Papierausweis tut's auch. Oder warum nicht gleich gar keiner?!

Für eine Uni ohne Ausweise!

Referat für Kommunikation und Antirepression

Weiterlesen:

Neue Technologien und Hochschule – Materialien und Beiträge: Zur Veranstaltungsreihe des AstA FU vom 3.-7. Dezember 1984. AstA FU Berlin. 1985.

Abgekartetes Spiel: Wie Chipkarten den Hochschulalltag verändern. Fachschaftsrat Informatik, Technische Hochschule Darmstadt und Arbeitskreis „Chipkarten“ der KIF - Konferenz der Informatik-Fachschaften. 1996.

Chipkarten-Reader. AstA Uni Bremen. 1999.

Chipkarte.Hochschule.Datenschutz: Der LAK-Chipkartenreader. LAK Landes-ASten-Konferenz Berlin. 2003.

Wie Staat, Kapitalismus und Patriarchat überwinden?

Auf der Suche nach Perspektiven bei der kurdischen Bewegung

Randnotiz: Dieser Text entstand im (fast) unmittelbaren Anschluss an die Reise und spiegelt – was anknüpfende Fragen und erste Antworten betrifft – den momentanen Vermutungsstand der Dinge. In ihn sind die Eindrücke, Fragen und Erkenntnisse verschiedener Menschen eingeflossen, mit denen ich_wir vor, während und nach der Reise diskutiert haben – insbesondere der Ketçaps, der Gast-WG in Amed und der Keller-Besucher_innen. Zor spas! :-)

Auf Delegationsreise mit dem Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK)

Die kurdische Bewegung blickt auf vier Jahrzehnte unermüdlich geführter Kämpfe zurück; seit kurzem erfahren diese jedoch ein neues Maß an internationaler Aufmerksamkeit: Durch die heftigen Auseinandersetzungen in Rojava und ganz Kurdistan ab letztem Sommer, spätestens aber durch die für unmöglich erklärte Selbstbefreiung Kobanês zu Beginn dieses Jahres. Die Symbolkraft, die von der Befreiung Kobanês ausstrahlt, setzt ein weltweit sichtbares Zeichen für den Erfolg einer selbstorganisierten Gesellschaft, die sich gegen Staat, Kapitalismus, Patriarchat (sichtbar vor allem durch die Frauen*-verteidigungseinheiten) und den Terror des sogenannten Islamischen Staates zur Wehr setzt. Gerade dadurch steht die kurdische Bewegung vermutlich mehr denn je im Interesse der ‚BRD Linken‘,

die dort nicht nur Solidarität üben wollen, sondern auch hilfesuchend auf eine gesellschaftlich starke, emanzipatorische Bewegung schauen – welche selbst nach Abzug aller Romantisierung und Verklärung vielleicht ein paar Anhaltspunkte und Anstöße für das eigene Handeln, für weiterreichende Perspektiven der eigenen Politik bietet. Der Blick gen Kurdistan ist in diesem Sinne verbunden mit der Suche nach Antworten auf Fragen, die sich (unterschiedlichen Kontexten zum Trotz) doch auch in der BRD recht ähnlich stellen ... Gut ergänzte sich da, dass YXK (sprich: jächä-kä; Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan - Dachverband der Studierenden aus Kurdistan in Europa) schon seit einigen Jahren regelmäßig Delegationsreisen anlässlich der Newrozfeierlichkeiten ausrichtet; diese um den 21. März stattfindenden Feste sind von zentraler kultureller wie politischer Bedeutung für den kurdischen Widerstand (mehr

siehe Broschüre, Quelle unten). Diese Reisen richteten sich einerseits an junge kurdische Menschen, aus deren Elterngeneration viele angesichts von Repression und Verfolgung nach Europa ausgewandert sind – andererseits aber auch an interessierte deutsche/europäische junge Menschen, um sich so ein eigenständiges

Bild über Kurdistan zu machen, herrschende Vorurteile aufzubrechen und durch Berichte und Aufklärungsarbeit einen Teil zur Antirepressionsarbeit beizutragen (Stichworte wären hier z.B. die Rolle Deutschlands beim PKK-Verbot – siehe z.B. Link bei Quellen; deutsche Waffen deutsches Geld ...).

So brachen im März 2015 fast 80 Menschen nach Nordkurdistan (Südosttürkei) auf, um diese Bewegung, die ihr angehörenden Menschen, ihre Strukturen (und die Repressionen gegen diese) besser kennen und verstehen zu lernen – unter ihnen ein großer Teil dieser Menschen aus linken Kreisen, auf der Suche nach dem Heiligen Gral revolutionärer gesellschaftlicher Perspektiven... (Mensch verzeihe mir hier die Überzeichnung, im Zweifelsfall spreche ich hier natürlich nur von mir selbst.)

Was war noch gleich der Demokratische Konföderalismus?

So, jetzt kommt der Teil, wo ich mich

„Demokratischer Konföderalismus ist eine „Demokratie ohne Staat“; er „ist flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert. Ökologie und Feminismus sind zentrale Pfeiler.“

vielleicht am weitesten aus dem Fenster lehne... Es folgt der Versuch einer prägnanten Skizze eines großen Konzepts: Demokratischer Konföderalismus ist eine „Demokratie ohne Staat“; er „ist flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert. Ökologie und Feminismus sind zentrale Pfeiler. Im Rahmen dieser Art von Selbstverwaltung wird ein alternatives Wirtschaftssystem erforderlich, das die Ressourcen der Gesellschaft vermehrt, anstatt sie auszubeuten, und so den mannigfaltigen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird“ (Demokratischer Konföderalismus, A. Öcalan, S. 21).

D.h. es geht darum, parallele Strukturen aufzubauen – nicht indem ein eigener Staat von den bestehenden Staaten der kurdischen Gebiete (Türkei, Syrien, Irak, Iran) ‚abgespaltet‘ wird, sondern indem innerhalb dieser und über Staatsgrenzen hinweg eigene (möglichst basis-) demokratische/gesellschaftliche/wirt-

schaftliche Strukturen etabliert werden, um Staat und Kapitalismus durch diese Organisierung zurückzudrängen und überflüssig zu machen.

Der Demokratische Konföderalismus ist ein „System gesellschaftlicher Selbstverteidigung“ (S. 28) gegen Assimilation und Repression: darin sind militante Selbstverteidigung, aber auch Bildung als ‚ideologische‘ Selbstverteidigung (z.B. kurdische Sprache und Geschichte) und Selbstorganisation in allen Lebensbereichen untrennbar miteinander vereint.

Die Selbstorganisation in allen Lebensbereichen – angefangen innerhalb der Straße und den Vierteln wo mensch wohnt – stellt darin die Grundlage für Selbstbestimmung dar; sie ist von einer eigenständigen Unter-/Parallelorganisation der Jugend und der Frauen* (mit Vetorecht und für alle bindende Entscheidungsbefugnis) gekennzeichnet. Beispielsweise zeichnen sich die demokratischen Strukturen mit dem sogenannten Co-Vorsitzenden-System immer durch eine Doppelspitze von Männern* und Frauen*¹ aus; mit der Jineologie hat sich zudem eine eigene kurdische Wissenschaft der Frauen*/Geschlechterforschung gebildet: ... „Jin,

¹ [Frauen* verwende ich mit Blick auf die kurdische Frauen*bewegung hier als Markierung einer benachteiligten Position innerhalb einer patriarchalen (an der Herrschaft des Vaters ausgerichteten) Gesellschaft; die in diesem Text erwähnten Strategien orientieren sich an den gesellschaftlichen Kategorien von Frau/Mann – dass die Verwendung dieser Kategorien selbst problematisch ist/sein kann und dass es auch andere geschlechtliche Identitäten gibt, dazu arbeitet z.B. die kurdische LGBT-Organisation Hebûn (siehe Broschüre, Quelle unten). Zum Aufbruch von Zweigeschlechtlichkeit innerhalb der Bewegung weiß ich selbst bisher leider noch wenig.]

Jiyan, Azadî! - Frauen, Leben, Freiheit!“

Der Kampf der kurdischen Bewegung um ein selbstbestimmtes Leben (für Kurd_innen und alle Menschen, die in diesen Gebieten leben und/oder die sich dem verbunden fühlen) richtet sich somit gegen Staaten, Kapitalismus und Patriarchat.

Vorweg: In dieser Zusammenstellung von Eindrücken finden erlebte Widersprüche und Ungereimtheiten keinen Widerhall: die Widersprüche zwischen Ideologie und Alltag, zwischen verschiedenen Haltungen innerhalb der Bewegung – ja, die gibt es und das soll nicht verschwiegen werden. Jedoch sehe ich mich weder in der Position, diese zu beleuchten, noch liegt hier der Fokus auf Kritik. Die folgenden Informationen und Erfahrungen müssen bruchstückhaft bleiben; sie sind Beispiele meines_unseres Gesamteindrucks, den wir durch diesen kurzen Einblick der Reise erhalten haben – und stehen hier letztlich als Inspiration für eigene Anknüpfungspunkte und Perspektiven.

Solidarische Ökonomie²

„Wenn der Staat unsere Lebensbereiche anzündet, werden wir dort Bäume pflanzen“ (Aktivist in Cizîr)

Denkt mensch an Alternativen zum Kapitalismus, liegt der Gedanke des solidarischen Wirtschaftens nahe; wenig verwunderlich ist es also, dass im

²[Das Prinzip der Ökologie kommt in diesem Text zu kurz; der Bezug ist aber insofern mit drin, dass Kapitalismus auch immer Ausbeutung und Zerstörung natürlicher Ressourcen und Lebensgrundlagen bedeutet – der Widerstand gegen diesen Umgang mit Natur und Umwelt steckt damit auch in den antikapitalistischen Kämpfen.]

Konzept des Demokratischen Konföderalismus das Prinzip von Kooperativen auftaucht, also gemeinschaftlich bewirtschafteter Betriebe, die nicht an Gewinnorientierung ausgerichtet sind. Beispielhaft besuchten wir in Cizîr (türk.: Cizre) ein entsprechendes Kebaprestaurant und eine Konditorei der jungen Frauen*; zudem wurde uns berichtet von einer Jugendbäckerei, einer Frauen*Nähkooperative, sowie einem im Aufbau befindlichen Kulturzentrum und der Planung einer Art Suppenküche und einer Anlaufstelle für (junge) Frauen* mit Gewalterfahrungen. Die Entscheidung über den Aufbau solcher Kooperativen geht dabei aus den jeweiligen Straßen- und Stadtteilzusammenschlüssen hervor und diese werden dementsprechend auch breit unterstützt. Deutlich zeigt sich hier wieder die strukturell eingebundene Selbstorganisation der Jugend, der Frauen* und entsprechend der jungen Frauen*: „Die vorderste Kraft der gelebten Demokratie ist die der jungen Frau“ stand auf dem Plakat des Frauen*kulturvereins, den wir dort auch besuchten. Auch der hohe Stellenwert des Kampfes gegen Gewalt gegen Frauen* (in der gesamten Gesellschaft und in den eigenen Zusammenhängen) lässt sich hier erkennen. Dass Frauen*befreiung auch an wirtschaftliche Unabhängigkeit von Vater/Ehemann geknüpft ist, spielt gerade in wirtschaftlich benachteiligten Gebieten eine besondere Rolle – und Cizîr zeigt sich dabei als Strategiestadt sowohl der Türkei als auch des kurdischen Widerstandes, was sich in staatlicher Verarmungspolitik, aber auch in einer starken Jugendbewegung und insgesamt breitem Rückhalt der

„Wenn der Staat unsere Lebensbereiche anzündet, werden wir dort Bäume pflanzen“ (Aktivist in Cizîr)

Einwohner_innen für die kurdischen Kämpfe spiegelt.

Als Beispiel eines Zusammenschlusses noch eine Dimension ‚weiter‘ bekamen wir zudem in der Nähe von Gever (türk.: Yüksekova) Einblick in eine Dorfkommune, welche unter anderem gemeinsam kollektivierte Äcker bewirtschaftet, in Kürze ein Gemeindehaus (mit einer Etage nur für Frauen*) baut und außerdem eine kurdische Grundschule plant. Bis sich letztlich alle Dorfbewohner_innen für die ‚Kommunewerdung‘ entschieden, war es jedoch ein langer Prozess: der Entscheidung ging hier ein 3-4-jähriger Willensbildungsprozess voraus...

Das Monopol über Rechtssprechung brechen

„Wir lassen staatliche Strukturen erst gar nicht mehr hier reinkommen“ (Aktivist in Cizîr)

Ein anderer Aspekt der gesellschaftlichen Neuorganisation besteht in der Rolle und Form von Justiz. Eigentlich naheliegend: Ohne staatliche Instanzen, deren Rechtssprechung Eigentum und Ausbeutung regeln und schützen, kommt auch ein kapitalistisches Sys-

tem schlecht aus. Wenn umgekehrt Justiz sich nicht an Strafen und Abschreckungen zur Erhaltung von Herrschaft ausrichtet, ergeben sich auch ganz neue Perspektiven auf deren Sinn und Zweck. In diesem Zusammenhang steht auch der „Verein für ein freies Leben“, welchen wir in Cizîr kennenlernen durften und der als gemeinschaftlich angelegte Instanz der Konfliktregelung beschrieben werden kann. An diesen wenden sich Konfliktparteien in unterschiedlichsten Fällen, von Streitigkeiten über Boden bis zu jahrzehntelang zurückreichenden Familienfehden. Dass letztere hier wohl tatsächlich schon beigelegt werden konnten, dass Menschen auch von außerhalb der Region anreisen um diese ‚Schlichtungsverfahren‘ in Anspruch zu nehmen und dass „die staatlichen Gerichtsgebäude leer stehen“ (Aktivist vor Ort), spricht für die breite Akzeptanz und das große Vertrauen in dieses Herangehen. Als

wichtiges Prinzip gilt den (von Menschen aus den Stadtteilen ernannten) Kommissionen, dass Konflikte nicht nach Schuld/Unschuld beurteilt werden, sondern solange nach Lösugen gesucht wird, bis beide Parteien damit einverstanden sind. Daher wird auch nicht auf klassische Strafen gesetzt, sondern auf eine sinnvolle Auseinandersetzung mit Geschehenem und damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen. Sonderfälle liegen gewissermaßen bei Gewalt gegen Frauen* vor – hier wird auf Regelungen zum Wohl der Frauen* geachtet; außerdem wird mit dem Täter weitergearbeitet und auf Einsicht und Verhaltensänderung hingewirkt. Dieses prozesshafte Austragen der Konflikte (ohne eine staatliche Instanz) zeugt von einem Menschenbild, indem jemand nicht einfach ‚böse‘ oder ‚schlecht‘ ist, sondern das eigene Handeln durch Einsicht verändern kann – bzw. dass es genau diesen Prozess der Bewusstwer-



Maertyrerfriedhof

dung braucht, um einsichtig zu werden und zu einer Lösung des Konflikts zu gelangen.

Militante Selbstverteidigung

„Auch wenn wir alle Kraft der Welt hätten, würden wir niemanden angreifen. Aber wenn uns jemand angreift, werden wir uns mit allen Mitteln verteidigen“ (Aktivistin in Amed)

Genauso, wie eine staatliche Justiz nur soweit relevant ist, wie die Drohung ihrer Durchsetzung als realistisch eingeschätzt wird, ist auch eine alternative gesellschaftliche Ordnung davon abhängig, inwieweit sie sich gegen diese ausführende Macht des Staates behaupten kann.

Ein derart organisierter Widerstand war für uns vor allem in Cizîr spürbar und sichtbar, wo seit den heftigen Schlachten im vergangenen Herbst (die auch mehrere Todesopfer forderten) die Polizei (in der Regel) ihren Fuß nicht mehr in die Stadt setzt: „Dort obenhin haben sie sich zurückgezogen“ sagte unser Gastgeber stolz und zeigte von seiner Dachterrasse aus auf die Polizeistationen auf den Hügeln außerhalb der Stadt. Nachts postiert sich die organisierte Jugend in jeder vierten Straße, um dort an ihren Lagerfeuern bis morgens Wache zu halten...

Der andere Kontaktpunkt mit Kräften der militanten Selbstverteidigung spielte sich auf einer schmalen Bergstraße zwischen Şîrnex (türk.: Şîrnak) und Gever ab: diese war nämlich durch eine größere Steinblockade gesperrt und wir mussten umdrehen. Hintergrund

war der Angriff des staatlichen Militärs auf Menschen aus der Region, welche (als einzig möglichen Lebensunterhalt der Umgebung) sich alltäglich im türkisch-irakischen Grenzgebiet bewegen um dort mit Waren des täglichen Bedarfs zu handeln. Bereits im Dezember 2011 fielen in diesem Zusammenhang 34 Jugendliche des Dorfes Roboski einem Massaker des Militärs zum Opfer – die Angehörigen setzen sich bis heute für eine Aufklärung ein, bisher vergeblich: Verantwortliche wurden nicht gefunden, schlicht versetzt oder gar ausgezeichnet. (Mehr dazu in der Broschüre, siehe Quellen). Die Unnachgiebigkeit der Dorfbewohner_innen und ihre Weigerung, Schweigegeld von der Regierung anzunehmen, setzt sie nach wie vor großen Repressionen aus; so wurde an diesem 23. März – gewissermaßen ‚aus dem Blauen heraus‘ – das Feuer auf die Lasttiere der sich dort fortbewegenden Menschen eröffnet und mit deren Tod ihre Lebensgrundlage zerstört; auch eine Person wurde dabei verletzt. Um die Lage zu kontrollieren und Aufmerksamkeit zu schaffen wurde daher diese Straße gesperrt. Über diese Zusammenhänge konnten wir am Folgetag mit dem (‚Aufklärungs-‘) Verein in Roboski sprechen – von einer Teilnahme an der angekündigten Demonstration dort wurden wir durch ausführliche polizeiliche und militärische Kontrollen und -eskorten während der Anreise jedoch abgehalten.

Organisierung gegen staatliche Repression

„Berxwedan jiyan e! - Widerstand

ist Leben“ & „Wir sind nicht alle – es fehlen die Gefangenen!“

Staatliche Repressionen sind in der kurdischen Bewegung allgegenwärtig:

seien es offene Türen, damit sich Menschen auf der Flucht vor der Polizei in Häuser retten können; seien es Wasserwerfer am Rande des Newrozfestes; seien es auf Angst und Zerstörung angelegte Polizeibesuche im Jugendzentrum; seien es polizeiliche Gewaltanwendung und Räumungen bei der Eröffnung kurdischer Grundschulen; sei es das brutale Vorgehen gegen symbolische Stätten, wie gegen Friedhöfe derer, die in ihrem Einsatz für die Bewegung ums Leben kamen (Märtyrerfriedhöfe); sei es durch Verarmungspolitik, gepaart mit Teile-und-Herrsche-Strategien (wie z.B. Dorfbewohner_innen

zur Bewegungsbekämpfung anzuheuern und damit Gemeinden und Familien zu spalten; sogenanntes „Dorfschützersystem“) und Kriminalisierung als „Schmuggler_innen“ und „Terrorist_innen“ (wie z.B. in Roboski geschehen).

Gerade das Bewusstsein für die Bedeutung von Knästen und der Kämpfe um sie und in ihnen war an vielen Stellen sehr präsent: viele Familien haben/hatten Angehörige im Knast oder waren selbst dort, immer wieder wurden die großen Hungerstreiks der 90er Jahre erwähnt und dass gerade der Widerstand in den Knästen in Amed (türk.: Diyarbakır), an deren Außenwänden wir vorbeigingen, eine herausragende Rolle gespielt haben...

Einen kleinen Einblick in die dahingehende Antirepressionsarbeit wurde uns in Geveerm ermöglicht, zu Gast bei einem Verein, der sich um die Unterstützung politischer Gefangener und deren Angehörige kümmert. Diese Unterstützung reicht dabei von finanzieller Unterstützung der Angehörigen (um ihnen eine Anreise zu den oft weit entfernt untergebrachten Inhaftierten zu ermöglichen oder wenn die hauptverdienende Person der Familie inhaftiert ist) bis zur Kooperation mit einer Menschenrechtsorganisation (z.B. hinsichtlich der Unterstützung kranker Gefangener und gegen Gewalt in den Gefängnissen). (Mehr dazu in der Broschüre, siehe Quellen.)

eigene Bildung, Kultur & Geschichtsbewusstsein etablieren

Aber Bildung wird auch immer wieder zum Kollisionsspunkt von Herrschaft und Widerstand, da sie eben auch zentrales Instrument für Befreiung, Bewusstwerdung und Organisierung ist.

„Wer seine Vergangenheit nicht kennt und für diese nicht einsteht, kann das für seine Zukunft niemals tun“ (→ Heskif)

Bildung ist ein zentrales Instrument für (kulturelle) Assimilation, also für die Anpassung der Menschen, ihrer Vorstellungen von sich selbst und ihrem Platz in der Welt an die herrschende Ideologie. Dazu gehört zum Beispiel die Erziehung zu treuen Staatsbürger_innen oder die Verinnerlichung, alles unter Gesichtspunkten der (kapitalistischen) Verwertbarkeit zu betrachten.

Aber Bildung wird auch immer wieder zum Kollisionspunkt von Herrschaft und Widerstand, da sie eben auch zentrales Instrument für Befreiung, Bewusstwerdung und Organisierung

ist. (Bezeichnend ist, dass Bildung gerade in der BRD soweit vereinnahmt ist, dass es fast nicht mehr möglich ist, den Begriff „Bildung“ positiv zu besetzen, als Befreiungskampf zu denken, da er so eng mit Vorstellungen von Zwang und Bewertung/Verwertung verknüpft ist...)

Die Betonung von Bildung spielt in der kurdischen Bewegung eine entsprechend große Rolle.

Neben dem schon erwähnten Pilotprojekt kurdischsprachiger Grundschulen (welche massiven Repressionen ausgesetzt waren/sind, siehe oben), besuchten wir auf unserer Reise auch Heskif (türk.: Hasankeyf), eine historische Stätte, um welche sich ein inzwischen prominenter symbolischer Kampf ent-



Newroz in den Bergen

facht hat. Die Stadt mit jahrtausendealter Siedlungsgeschichte könnte leicht Weltkurerbe sein – da dies allerdings vom Staat beantragt werden muss und Heskif eine große historische und damit symbolische Bedeutung für die kurdische Kultur hat, ist sie stattdessen durch die Überflutung durch ein staatliches Staudammprojekt bedroht. Auch hier wird zudem gezielt Verarmungspolitik und Perspektivlosigkeit eingesetzt, um die Angst vor weiteren Repressionen zu schüren und die Menschen damit zum Schweigen zu bringen. (Mehr in der Broschüre, siehe Quellen.)

Solidarische Verbundenheit

„Lange gab es keine Hotels hier, da Gastfreundschaft so selbstverständlich ist“ (Aktivist in Şirnex)

Der folgende Aspekt ist schwierig zu beschreiben, da er eher ein Gesamteindruck aus vielen Kleinigkeiten darstellt und nicht explizit thematisiert wurde – eben weil es dabei offenbar um Selbstverständlichkeiten geht: Die scheinbare Selbstverständlichkeit, dass uns bei allen Gelegenheiten Passant_innen ansprachen, das Gespräch mit uns gesucht haben, ihre Freude darüber zum Ausdruck gebracht haben, dass wir uns für die kurdische Kultur und Bewegung interessieren; die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der wir noch in Istanbul laufend zum Çai eingeladen wurden, allein durch das Tragen von Symbolen, die uns als Unterstützer_innen der kurdischen Bewegung kennzeichneten; die scheinbare Selbstverständlichkeit, dass in den kurdischen Familien bergeweise Matten und Decken bereit liegen und wir überall mit offenen Armen empfan-

gen und umsorgt wurden; die scheinbare Selbstverständlichkeit, mit der eine Stadt feiert, wenn sich Menschen dem Widerstand anschließen – und gemeinsam trauern, wenn sie Todesnachrichten erreichen, egal ob es um ‚das eigene Kind‘ geht oder nicht. Das individualisierte Aufrechnen von gegenseitigen Gefallen schien hier hinter die Orientierung am Kollektiven zurückzutreten. Es lässt sich schlecht beschreiben, aber in vielen Momenten – wie bei dem Straßenfest im polizeifreien Cizîr – war es einfach spürbar, dass zwischen den Menschen in diesen Straßen, in dieser Bewegung eine Verbundenheit und ein Zusammenhalt herrscht, der mir aus meinen Kontexten der BRD unbekannt ist. Oder passiert es euch regelmäßig, dass ihr von Unbekannten angesprochen werdet bzw. Leute anspricht: *„Hey, du mit dem [politischen Symbol] da drüben! Wie geht's dir? Willst du mit mir nen Tee trinken? Brauchst du nen Schlafplatz? Meine WG macht sicher gerne Platz für dich und deine Leute!“* (Und das fernab von Angrabversuchen.) Also mir ist das in der BRD doch eher selten passiert – und entsprechend verwirrt haben wir womöglich manches mal darauf reagiert ...

Die Revolution als Prozess zwischen der Utopie und dem jetzt Möglichen

Worauf wir – einige der Delegationsreisenden – immer wieder gestoßen sind, war die Konsequenz und Durchdachtigkeit, mit der unter den widrigen herrschenden Verhältnissen eben ‚heute‘ schon angefangen wird, die Utopie zu leben – den herrschenden Umständen Stück für Stück ein wenig Selbstbestimmung abzuringen, sich einen Schritt Be-

wegungsfreiheit nach dem anderen zu erstreiten: die Umsetzung der eigenen Ziele und Werte eben nicht auf ein unbestimmtes ‚später‘ zu verschieben, nicht erst die letzte mögliche Kritik zu Ende zu denken bevor mensch losgeht, sondern mit den bestehenden (schon sehr weit ausgereiften, das wollte ich dem nicht absprechen!) Ideen und Prinzipien loszugehen, immer gewahr, dass es noch Stolpersteine und Ungewissheiten gibt; eben mit der Bereitschaft, Erfahrungen zu sammeln und auch Fehler zu machen, aber in jedem Fall entschlossen, sich nicht darin aufhalten zu lassen. Zugegeben, vielleicht haben wir darin auch nur gesehen, was uns in einigen Kontexten der ‚BRD Linken‘ allzuoft fehlt ...

Lehrreich und konfliktthaft bleibt auch die Spannung zwischen (Vereinnehmungs-) Gefahren und Notwendigkeiten der Gleichzeitigkeit: die Gleichzeitigkeit von Aufbau der Parallelstrukturen einerseits und Nutzung des Vorhandenen andererseits. [Konkret sichtbar z.B. an der Doppelung von einerseits DBP (Demokratik Bölgeler Partisi) als jeweils lokal verankerte Instanzen, welche den Aufbau der Parallelstrukturen voranbringen und unterstützen und von andererseits HDP (Demokratischen Partei der Völker) als Partei, welche zur landesweiten Wahl antritt und „den Anspruch hat, alle in der Türkei verleugneten und diskriminierten ge-

sellschaftlichen Gruppen zu repräsentieren“ (zur HDP und den türkischen Wahlen im Juni mehr auf Civaka Azad, siehe Quellen).]

Alles in allem zeigt sich hier mal wieder: Es braucht beides! Dezidierte Kritik an den herrschenden Verhältnissen und den eigenen Strukturen – aber es braucht auch den Mut, Alternativen umzusetzen und auszuprobieren, auch wenn wir wissen dass das noch nicht der ‚Masterplan‘ sein kann.

Erste Anknüpfungen oder: Wie geht’s ‚uns‘ (zurück) in der BRD?

„Insanity laughs, under pressure we’re cracking. Can’t we give ourselves one more chance?“

Es braucht beides! Dezidierte Kritik an den herrschenden Verhältnissen und den eigenen Strukturen – aber es braucht auch den Mut, Alternativen umzusetzen und auszuprobieren, auch wenn wir wissen dass das noch nicht der ‚Masterplan‘ sein kann.

... Was bewegt euch? Wie geht es euch?

... Was ist los in eurem Leben? Wie hat sich euer Leben verändert durch das woran ihr glaubt & mitwirkt?

... Welche Fragen stellt ihr euch? Was braucht ihr – von mir_uns?

... Wo geratet ihr an eure Grenzen und woher nehmt ihr die Kraft weiterzumachen?

Ein paar der Fragen, die ich_wir im Kontakt mit Menschen der Bewegung gestellt haben – oder zumindest gerne gestellt hätten; allzuoft haben wir sie nur gestreift. Dennoch bin ich bei diesen kurzen Begegnungen mehr mit den Menschen in Berührung gekommen als mit vielen Leuten, mit denen ich schon lange immer wieder in Kontakt stehe oder zusammenarbeite... Dabei könnte und sollte ich die selben Fragen genauso in meinem Alltag und meinen Zusammenhängen stellen: Wer sind eigentlich die Menschen, die mir täglich begegnen? Was bewegt die Menschen, mit denen ich mich organisiere – zu ihrem Handeln und ganz allgemein?

Eigentlich will ich nämlich auch, dass andere nicht nur aus Rücksicht auf Political Correctness die richtige Etikette bedienen, sondern dass es sie interessiert, wie es mir geht – mit dem was sie tun und überhaupt.

Verwertungslogik, also Kosten-Nutzen-Abwägungen nach „Wie viel investiere ich?“, „Was springt dabei für mich raus?“ und „Was kostet mich das?“ findet sich eben nicht nur im Umgang mit Geld&Gut wieder, sondern wird uns im Kapitalismus als allgemeingültiges Prinzip beigebracht. Wie sehr wir das verinnerlicht haben und wie weit

sich dieser ‚Konsumfetisch‘ auch in zwischenmenschlichen Beziehungen auswirkt, fällt da schon fast nicht mehr auf... Wie viele Begegnungen unseres Alltags konsumieren wir eigentlich nur? In wie vielen Zusammenhängen verwerthen wir Kontakte? Wie weit wollen wir in Beziehungen Menschen kaufen und besitzen? ...

[Während ich über die Warenförmigkeit von zwischenmenschlichen Beziehungen nachdenke piepst mein Handy: „Hi ich bin Carola und würde dich gerne kennenlernen. Meld dich doch mal bei mir unter www.automatisierter-datingseiten-spam.de!“ Ich muss gleichzeitig lachen und weinen ob dieser perfekten Konterkarikatur...]

„Wenn ich nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution“

Während die kurdischen Hevalên (wer mit der Bewegung verbunden ist, wird mit ‚Heval‘: ‚Freund_in‘ bezeichnet...) geübt melodische Widerstandslieder sangen und mit der Saz (traditionelles Saiteninstrument) begleiteten, krächzten die deutschen Genoss_innen nur ungeübt Bella ciau...

Gegen die Hochstimmung auf dem (alkoholfreien und geldfreien) Straßenfest in Cizîr - zur Feier dass sich Menschen von dort gerade der Gerilla angeschlossen hatten - mit stundenlangem Halay/Gowend-Reihentänzen kann keine (auf Bierverkauf angelegte...) Soliparty in der BRD anstinken...

Gleichermaßen wird in dieser Stadt auch kollektiv drei Tage getrauert, wenn Todesnachrichten eintreffen – egal ob es um das eigene Kind oder jemand an-

deren geht; in meinem eigenen Umfeld fallen mir jedoch einfach keine Räume ein, in denen (gemeinsames, nicht ins rein Private verbannte) Trauern möglich ist – oder allgemeiner noch, Räume die für Gemeinsames genutzt werden können und in ihrer Bedeutung nicht schon (als Party-/Exzessort oder nüchterner Politraum) besetzt sind...

Es geht mir nicht speziell darum, unbedingt gemeinsam Arbeiter(_innen?!)-Lieder zu singen, Gruppentänze zu praktizieren oder Trauerräume zu

„Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden“: Während es sich auf Spanisch gut singt (haben wir mit unserer Gast-WG auch versucht), klingen in der deutschen Übersetzung mal wieder ganz andere Bezüge an... In selbiger WG redeten wir uns auch um Kopf und Kragen, um deren bohrenden Fragen gerecht zu werden, warum wir uns denn ‚deutsch‘ nicht auch als positiven Bezug erstreiten können, so wie die kurdische Bewegung ja auch ihre Identität erst erkämpfen musste... Nein,

„Preguntando caminamos – Fragend gehen wir voran!“

schaffen; aber auffällig ist im Kontrast das Fehlen von Räumen und kulturellen Praktiken, die nicht nur rein pragmatische Funktionen erfüllen, die Abwesenheit von geteiltem Erleben, emotionaler Beteiligung und der Möglichkeit als ganze Person da sein zu können, mit Widersprüchen und Unzulänglichkeiten, Gefühlen, Eigenheiten, Lust und Frust – statt nur als Vertreter_in von Positionen oder als Protokollant_in des Geschehens...

Wenn ich mit euch kämpfen soll_will, kann ich mich nicht pausenlos inszenieren, bin ich nicht nur meine Statements und Analysen. Sondern wenn ich kämpfe, dann als ganze Person. Wenn ich mit euch gehe, dann ganz.

„El Pueblo unido, jamás será vencido“ ... äh, aber in der BRD...?!

‚wir‘ sind nicht Deutschland und ‚wir‘ wissen auch warum – geschichtlich und aktuell. Volk, Nation, Ethnie: Nein, das sind in der BRD (gelinde gesagt) einfach keine geeigneten Konzepte für einen positiven Bezug auf Kollektivität und Gemeinschaft (jedenfalls nicht wenn weiße Deutsche diese verwenden wollen). Allerdings konnten wir auch sonst keinen Bezugspunkt nennen, auf welchen sich Linksgerichtete in der BRD gemeinsam berufen.

Sarkastisch könnte mensch antworten: Was uns eint, ist ein schwieriger bis verunmöglichter positiver Bezug auf Gemeinschaft. Wie stark sind ‚wir‘ gerade in der BRD durch die Geschichte des Missbrauchs der Ideen von Gemeinschaft begrenzt in dem, was wir kollektiv denken können? In unseren Vorstellung von Zusammensein und Gemeinsamem, Geteiltem?

Und das spielt nebenbei auch noch der neoliberalen Individualisierungsmentalität des kapitalistischen Systems in die Hände...

Große Fragen ...

... In welche größeren Zusammenhänge, Perspektiven, Strategien ist mein Handeln eingebettet?

... Wie weit bin ich bereit zu gehen?

... Was ist anschlussfähig? (Geht es um eine gesamtgesellschaftlich angelegte Bewegung oder darum, sich als Szene abzugrenzen? – „Es ist erst eine Revolution, wenn es keine Szene mehr ist“ formulierte einer meiner Mitreisenden...)

... Was ist es, was ‚uns‘ verbindet? (Uns: linksgerichtete Menschen in der BRD – oder sollte der Fokus eher sein, Menschen die in der und durch die BRD Unterdrückung erfahren?) Welche geteilten Erfahrungen von Unterdrückung, welche Werte, welche Wünsche und Ideen von einem besseren (Zusammen-) Leben für alle – oder was sonst? Diese Verbindung muss nichts mit Identität zu tun haben, soll nicht Zugehörigkeit um ihrer selbst Willen schaffen. Aber ich will wissen wohin ihr gehen wollt, um zu wissen ob wir den gleichen Weg einschlagen.

... und kleine Antworten

Was ist es, was uns verbindet?

Wir – die Menschen mit denen ich diese Reise durchlebt habe – wir wissen's nicht, wir haben's noch nicht rausgefunden. Was ‚uns‘ als Delegationsreisende angeht: vielleicht einfach die Suche nach dem "Wohin wollen wir – wir alle gemeinsam?" (statt nur nach dem „Wovon weg?"). Und das auch weitgehend

unabhängig von den Labels, mit denen wir uns sonst versehen: Mit welchem Etikett versehen meine Mitreisenden sonst ihre Politik? Was für Politik machen sie genau? Ehrlich gesagt, ich weiß es nicht im Einzelnen; aber ich habe auf dieser Reise viel darüber gelernt, was sie bewegt, worüber sie lachen und wo ihre wunden Punkte sind, welche Fragen sie sich stellen, wer und was ihnen wichtig ist, wo ich mich auf sie verlassen kann und was ihre Macken sind. Und ganz ehrlich: damit weiß ich glaube ich mehr über sie als über viele Menschen, deren Politgruppen-Profil mir bis ins letzte Detail bekannt ist. Und diese Art von Wissen umeinander flößt mir mehr Vertrauen und Mut ein, mit ihnen weiter zu denken und weiter zu gehen:

(Am Ende hier noch eine kleine Anlehnung an die zapatistische Bewegung...) „Preguntando caminamos – Fragend gehen wir voran!“

Laura* (mit T. Öztürk)

Quellen & Material:

Broschüre Newroz-Delegationsreise 2013: <http://civaka-azad.org/pdf/newroz.pdf>

Heft Demokratischer Konföderalismus: <http://www.freeocalan.org/wp-content/uploads/2012/09/Abdulah-%C3%96calan-Demokratischer-Konf%C3%B6deralismus.pdf>

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. (hier zur HDP-Wahl): <http://civaka-azad.org/die-hdp-ueberwindet-zuerst-die-10-huerde-in-den-koepfen-und-dann/>

„Das PKK-Verbot wird 22 Jahre alt – ein Gespräch mit Monika Morres von Azadi e.V.“ (Radiointerview): <http://troztfunk.de/wordpress/?p=1517>

Lernfabriken...meutern!

Die unternehmerische Hochschule ist gescheitert! Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass das unternehmerische Prinzip der gesellschaftlichen Verantwortung von Bildung und Wissenschaft, der Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Frieden nicht gerecht wird. Die Rücknahme der Studiengebühren in ganz Deutschland war ein erstes Zeichen dafür, dass die Vorstellung von Hochschulen als Unternehmen und Bildung als Ware nicht mehr zu rechtfertigen ist. Nun stehen gegen die Abhängigkeit der Wissenschaft von unter anderem privatwirtschaftlichen Interessen und die hierarchischen Entscheidungsstrukturen die bundesweite Demokratisierung der Bildungsinstitutionen sowie die Neuausrichtung der Wissenschaft für das Allgemeinwohl.

Bundesweit werden immer mehr Bestrebungen deutlich, Hochschulgesetze entgegen dem neoliberalen Dogma zu

novellieren, die Zivilklausel-Bewegung gewinnt immer mehr an Zulauf und das G8-Gymnasium befindet sich auf dem Rückzug. Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass ein anderes Bildungssystem möglich ist. Nun ist es unsere Aufgabe, in Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Akteur_innen, für ein demokratisches, emanzipatorisches und erkenntnisorientiertes Bildungssystem zu kämpfen. Leistungsdruck, undemokratische Strukturen sowie Unterfinanzierung müssen der Vergangenheit angehören. Mit folgenden Forderungen wollen wir die Landesregierungen daher an ihre Verantwortung erinnern:

- Die Ausfinanzierung der Hochschulen für gute Lehre und Forschung und die damit verbundene Beendigung der Abhängigkeit von Wissenschaft von Profitinteressen
- Die Öffnung der Hochschulen durch die Abschaffung aller Bildungsgebühren
- Die Demokratisierung der Hochschulen durch die paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen und eine demokratisch und nicht unternehmerisch geprägte Entscheidungsstruktur
- Würdevolle Arbeitsbedingungen für Lehrende und Mitarbeitende
- Die Gewährleistung einer allgemeinwohlorientierten Wissenschaft durch die gesetzliche Verankerung einer Zivil- und Transparenzklausur

Es muss ums Ganze gehen! Das Bildungssystem ist Teil dieser Gesellschaft!

Bildung ist anders

Die Ausrichtung der Wissenschaft, die Gestaltung von Studium und Lehre und die Bedingungen, unter denen gelernt und gearbeitet wird, dürfen nicht von einer Statusgruppe gegen die anderen durchgedrückt werden. Ebenso wenig darf der Zugang zur Hochschule ein Privileg sozial Begünstigter bleiben. Vor allem Menschen aus prekären Verhältnissen oder mit sogenanntem "Migrationshintergrund" werden hier strukturell benachteiligt. Gerade in Bildungsinstitutionen muss eine Kultur der Demokratie und der Nachhaltigkeit gelebt werden.

Ob Schüler*innen, Auszubildende, Student*innen oder wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, wir alle sind dem gleichen Problem ausgesetzt: dem Bildungssystem. Aus diesem Grund sind wir nicht auf unseren eigenen Vorteil innerhalb dieses Systems aus, sondern fordern ein solidarisches Bildungssystem für alle Menschen! Eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen und des gesamten Bildungssystems geht daher mit einer ebenso entschlossenen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse einher.

Wir sind alle ein bedeutender Teil dieser Auseinandersetzung und haben es in der Hand, zusammen mit Gewerkschaften, Lehrenden und Forschenden, die Alternative zur derzeitigen Bildungspolitik zu realisieren. Aus diesem Grund haben wir uns bundesweit in einem Bündnis zusammengeschlossen und wollen gemeinsam durch unsere Kampagne dafür sorgen, dass die unternehmerische Hochschule auf der Mülldeponie der Geschichte landet!

Regelmäßige Treffen für Berlin findet ihr hier:

lernfabriken-meutern.de

www.facebook.com/lernfabrikenmeutern

berlin@lernfabriken-meutern.de



Erziehungswissenschaften und Lehramt im Kapitalismus

Vom bedeutsamen Wandel der Erziehungswissenschaft in den letzten Jahren

„In der Art, wie eine Gesellschaft das Bildungswissen, dass sie für öffentlich bedeutsam hält auswählt, klassifiziert, verteilt, vermittelt und bewertet, spiegeln sich sowohl die Machtverteilungen als auch die Prinzipien der Kontrolle. Angesichts dieser Tatsache sollten Unterschiede und Wandlungen in der Organisation, Übermittlung und Bewertung des pädagogisch vermittelten Wissens zu den Hauptbereichen des soziologischen Interesses gehören.“ (Basil Bernstein)

Wozu eine Kritik der Erziehungswissenschaft?

Auslöser dieses Textes ist ein Modul, das ich als Lehramtstudentin im Master belegen muss: „Diagnostik, Rückmeldung und Evaluation“. Aus der Wut über die uns vermittelten Inhalte heraus, ist eine Recherche geworden, die zu vielen Erkenntnissen im Hinblick darauf, was mit den Erziehungswissenschaften und der Lehramtsausbildung an der FU und (nicht nur) deutschlandweit in den letzten Jahren passiert ist, geführt hat: Die Tatsache, dass sich die Erziehungswissenschaft (Lehramt ist hier immer mit gemeint) von einer relativ pluralistischen und kritischen Disziplin nicht einfach nur weg entwickelt hat. Sie hat sich vielerorts einem einzigen Paradigma unterworfen, das sich perfekt in kapitalistische und andere gesellschaftliche Denk- und somit Machtstrukturen einfügt und diese durch ihren riesigen

Einfluss auf Schulsystem und Schule verstärkt.

Worum geht es genau?

Grob zusammengefasst ist der Inhalt dieser Perspektive, eine rein statistische Erfassung von Bildung und von den Objekten des Bildungssystems (v.a. Schüler_innen). Objekten, denn sie spielen im statistischen Ansatz nur eine einzige Rolle: Nach quantitativen Maßstäben (v.a. einer bestimmten Art von Leistungen) kategorisiert, normiert, sortiert – und damit selektiert – zu werden. Das Modul „Diagnostik,...“ bedeutet die Gewöhnung an diese statistische Einordnung im Hinblick auf Bildung. Es ist die pure Reproduktion von Begriffen und Konzepten aus der quantitativen Bildungsforschung – mit, wenn überhaupt, dann nur alibibhaft genannter und völlig unzulänglicher Kritik. Durch das Fehlen einer grundsätzlichen Kritik bleibt die Quantifizie-

rung von Bildung und Schüler_innen als normal und wünschenswert stehen. Das Inhalte dieses Moduls sind dabei nur ein Symptom einer Perspektive, die erst im letzten Jahrzehnt groß geworden ist. Zeit, eine Gegenposition zu dieser Entwicklung darzulegen: Ich möchte mit diesem Beitrag deutlich machen, was es bedeutet, wenn Bildungswissen allein aus einer statistischen Perspektive „klassifiziert [...] und bewertet“ wird und wie sich darin sowohl die „Machtverteilungen als auch die Prinzipien der Kontrolle“ spiegeln. Das Erstarren der quantitativen Empirie in der Erziehungswissenschaft stellt eine besondere Legitimation einer bestimmten „Organisation [...] und Bewertung des pädagogisch vermittelten Wissens dar“. Dieser Beitrag fragt dabei kritisch nach der Funktion und Macht, die Schule und (Erziehungs-)Wissenschaft in unserer kapitalistischen Gesellschaft besitzen und versucht Ansätze vorzustellen, die eine „Kritik der Erziehungswissenschaft“ in Anlehnung an Johannes Agnolis Konzept einer „Kritik der Politik“ ermöglichen können.

Kontext: Schule im kapitalistischen Staat

Eine Kritik der Erziehungswissenschaft muss zunächst den wirtschaftlich-politischen Kontext betrachten, in dem Wissenschaft und Schule stattfindet. Staatliche und kapitalistische Interessen können dabei nicht voneinander getrennt betrachtet werden. Im Gegenteil: Der repräsentativ-demokratische Staat schützt und befördert kapitalistische Interessen in erheblichem Maße und handelt selber nach kapitalistischen Zwängen. Die Schule ist dabei

nicht als Ort einer Selbstbildung und -werdung des Menschen zu verstehen – vielmehr ist sie auch heute Ausdruck des gesellschaftlichen Systems, in dem sie sich befindet. Betrachtet man die Geschichte der Schule wird deutlich, dass ihre Entstehung vor allem aus dem Interesse der Disziplinierung begründet wurde. Durch streng geregelte Tagesabläufe und Prüfungen sollte zu Disziplin und Anerkennung der (nicht zuletzt staatlichen) Autorität erzogen werden. Michel Foucault beschreibt dies, in der Analyse des 18. Jahrhunderts als neue Ökonomie der Lernzeit. Der Schulraum wird zu einer „Lernmaschine umgebaut – aber auch zu einer Überwachungs-, Hierarchisierungs-, Belohnungsmaschine“ Dass bestimmte Disziplinarmaßnahmen heutzutage (zurecht) verpönt sind, ändert nichts daran, dass Disziplinarmaßnahmen im Allgemeinen noch immer bestehen und dabei so subtil wie machtvoll wirken. Neben dem Disziplinarsystem, das den Menschen nicht zuletzt zu einem angepassten Menschen

Durch streng geregelte Tagesabläufe und Prüfungen sollte zu Disziplin und Anerkennung der (nicht zuletzt staatlichen) Autorität erzogen werden

erzieht (Anpassung wird durch gute Noten belohnt), ist der Staat im Kapitalismus zugleich auch mittels der Schule Erzieher kapitalistischer Werte. Sie ist das perfekte Einflussmittel auf junge Menschen: Schule kann sowohl pro-kapitalistische Inhalte festlegen (bzw. einfach die Kapitalismuskritik aus dem Lehrplan streichen) als auch die kapitalistischen, antisozialen Denkmuster, Verhaltensweisen und Hierarchien, wie den sozialen Vergleich durch Noten und Selektion hervorrufen, verstärken und reproduzieren.

Der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Schule zeigt sich auch an vielen anderen Stellen: Materialien, die von Wirtschaftsverbänden hergestellt werden; die Debatte um die Notwendigkeit wirtschaftlicher Bildung als Teil des Sachunterrichts (je früher Normen und Kategorien eingetrichtert werden, umso wirkungsvoller); Schulen, die nach betriebswirtschaftlichen Maßstäben geführt und von Unternehmensberater_innen umgestaltet werden; Konkurrenz der Schulen untereinander; Konkurrenz der Länder um die Lehrer_innen. Vermutlich könnte die Auflistung an dieser Stelle noch ewig weitergehen. Aber schauen wir uns zunächst an, was die wichtigste Funktion der Schule im Kapitalismus ist und wie diese Funktion in schulischen „Bildungs“prozessen hergestellt wird und wirkt: Die Selektionsfunktion.

Die Selektionsfunktion der Note – eine Positionierung

Berlin als Studienort hat innerhalb Deutschlands die höchsten Numerus Clausus'. Hier sind diejenigen, denen es gelungen ist, das Wissen, welches in

der Schule vermittelt wurde, am Besten reproduzieren zu können. Ich studiere Lehramt an der FU. Eine Position, in die ich kommen konnte, weil es mir durch verschiedene Kapitalien (finanzielle und ideelle Unterstützung der Eltern...) und Privilegien (weiß*, gesund, deutsche Staatsbürger_innenschaft, christlich,...) deutlich einfacher gemacht wurde durch die Selektionsmechanismen des deutschen Bildungssystems bis hierhin zu gelangen, als anderen Personen. Dass das Erreichen von Noten und damit gesellschaftlichen Positionen, wenig mit Intelligenz und vielmehr mit verschiedenen Privilegien und Kapitalien zu tun hat, ist eine Tatsache, die die wenigsten dabei gerne reflektieren und zugeben; weil uns der Mythos der Leistungsgesellschaft vormacht, dass es nur mit unserer „Leistung“ zu tun hat.

Noten und Benotung dienen der Selektion und der Leistungs-/Konkurrenzerziehung. Sie dienen weder der Lernmotivation noch der Rückmeldung einer „Leistung“. Diejenigen mit guten Noten vergessen das gerne, denn sie haben von der „sozialen Norm“, also dem Vergleich mit den Mitschüler_innen, in der Notenvergabe profitiert und oft hat sie nichts anderes als das „besser sein“ motiviert. Die soziale Norm führt - wie wir Lehramtsstudierende unkritisiert erfahren - zwangsläufig dazu, dass sich die Klasse in etwa nach Gauss'scher Normalverteilung auf der Notenskala verteilt. Alle Lehrkräfte bewerten so. Tun sie es nicht, wären sie schon längst - mit dem Hinweis, das selektiert werden muss - von der Schulbehörde versetzt worden. Dies zeigt das öffentlich diskutierte Fallbeispiel von Sabine Czerny aus Bayern allzu deutlich. Die

Argumentationen der „Motivation“ und „Leistungsrückmeldung“ funktionieren hier eher als Verschleierung und Rechtfertigung. Es geht eben nicht um inhaltliche Bildung. Es gibt keine Situationen (Schule und/oder Universität) in der die Note uns eine Rückmeldung darüber gegeben kann, was wir inhaltlich hätten anders oder besser tun können (außer noch genauer Stoff auswendig zu lernen, den wir zwei Wochen später wieder vergessen haben). Wer wissen möchte, welche inhaltlichen Vorgaben (über diesen Begriff sollte man sich unter der Perspektive selbstbestimmter Bildung auch mal Gedanken machen) reproduziert werden sollten, um diese oder jene Note zu bekommen, muss eine verbale Beurteilung oder ein Gespräch fordern – aber wer tut das schon?

Erstaunlicherweise gibt es unter den Schulen, die in den letzten Jahren für den Deutschen Schulpreis nominiert waren einige, die bis zur 9. Klasse keine Noten geben. Doch schon der Preis an sich ist hinterfragbar: Er zeigt, wie die besten Leuchtturmschulen sich messen dürfen. Gute Bildung für alle bräuchte gar keine Leuchtturmschulen! Aber im Schulpreis geht es erneut um den Vergleich und die Politik freut sich, dass es ja doch nicht so trist aussieht in der deutschen Schullandschaft.

Quantitative Bildungsforschung an der FU und in Deutschland

Welchen Beitrag leistet nun die Erziehungswissenschaft in diesem Schul-, Wirtschafts- und Staatssystem und wie sieht es an der FU aus? Sie passt sich an, vergleicht, normiert und kategorisiert - durch das Erstarken der quanti-

tativen Bildungsforschung. Zur größten Strömung der quantitative Bildungsforschung zählen Testerstellungen und Vergleichsarbeiten, die allesamt standardisierte Normen – ohne Rücksicht auf Diversität – ins Zentrum rücken. Diese wurden ausgelöst durch die von der OECD initiierte PISA-Studie, die erstmals 2000 in Deutschland durchgeführt wurde.

Schauen wir uns die FU einmal genauer an: Die soziologisch und bildungstheoretisch (ja sogar qualitativ) arbeitenden Professor_innen werden hier zurückgedrängt, Arbeitsbereiche, werden nach Auslaufen einer Professur, nicht wieder besetzt. Die neueste – in diesen Zusammenhang passende – Folge ist die Abschaffung der kritisch konzipierten und besetzten Masterstudiengänge „Childhood Studies and Childrens Rights“ und „Intercultural Education“. Diejenigen Professor_innen, die emeritiert sind und dennoch Lehraufträge erhalten, bekommen nicht einmal ein Büro zur Verfügung. In den letzten Jahren sind durch Arbeitsbereiche wie z.B. „Schul- und Unterrichtsforschung“, „Evaluation und Qualitätssicherung im Bildungswesen“ und „Empirische Bildungsforschung“ die quantitativen Forscher_innen an der FU stark geworden. Mittlerweile haben sie so sehr an Macht gewonnen, dass sie ihren eigenen Klüngel beherrschen und jegliche andere Form (und damit auch schlicht Pluralität) der Erziehungswissenschaft durch Personalpolitik bei Stellenbesetzungsverfahren beinahe unmöglich machen. Bildungstheoretische Ansätze werden als Ideologie abgetan, was sich nicht zuletzt darin zeigt, dass Arbeitsbereiche und Professuren wie z.B. „Theorie von

Erziehung, Bildung und Unterricht“, „Theorie der Schule, Bildungspolitik, Geschichte, Organisation und Verwaltung des Bildungswesens“ und „Soziologie“ gänzlich aus der Erziehungswissenschaft an der FU verschwunden sind. Ganz nebenbei verschwinden dabei ebenso alle Professuren, die nicht der professoralen Hochschulgruppe „Vereinte Mitte“ angehören, mit deren Vormachtstellung eine Entdemokratisierung der FU auch auf professoraler Ebene (die Studierenden werden häufig nicht mal mehr angehört) vonstatten geht.

Die FU ist dabei aber nur eine Universität von vielen und eingebettet in staatliche und ökonomische Interessen. Die Kultusministerkonferenz hat 1997 den „Konstanzer Beschluss“ gefällt, der den Boden für quantitative und insbeson-

dere vergleichende Bildungsforschung eröffnete. Die Frage ist: Wer profitiert und wer profitiert nicht von diesem öffentlichen Bekenntnis zu einer bestimmten Forschungsrichtung? Deutlich ist, dass es eben nicht die bildungstheoretisch versierten und eher/auch qualitativ forschenden Professor_innen sind. Diese haben sich traditionell schon immer gegen eine bestimmte – für sich allein stehende – Quantifizierung und statistische Erfassung von Bildung gewehrt. Schlicht und einfach, weil Bildung subjektiv diverse Ausprägungen, Wissensbestände und Lernformen bedeuten, die sich nur schwer und - wenn überhaupt - niemals allein durch Quantifizierung ausdrücken lassen. Könnte also ein Interesse dahinter stehen, die qualitative Forschung und die bildungstheoretische und soziolo-



gische Wissenschaft mit ihrer gesellschaftlichen Dimension und Reflexion zurück zu drängen? An ihrer statt profitiert im Bereich der Universitäten das Lager, das eben diese quantitative Bildungsforschung betreibt, unterstützt durch die Finanzierung der Deutschen Forschungsgesellschaft, die andere Forschungsrichtungen kaum noch finanzieren und sowieso durch intransparente Geldvergabe glänzt. Das Resultat sind etliche nebeneinanderstehende Studien, die in ihrer Gesamtheit keinen Aussagewert mehr haben. Aber die politischen Verantwortlichen dürfen sich darüber freuen, dass diese Studien allesamt „Tatkraft und irgendwie auch Besserung suggerieren“. Wer jetzt glaubt, dass dahinter keine bestimmten politischen Interessen stehen, hat sich ebenfalls geirrt: Eine Lobbygruppe ist hier der „Aktionsrat Bildung“ - eine von der Vereinigung der Bayrischen Wirtschaft ins Leben gerufene Runde - besetzt mit Professuren, die an Schlüsselbesetzungen deutscher Universitäten in der Erziehungswissenschaft sitzen. Ziel dieses Aktionsrates ist es, „politische Handlungsempfehlungen“ herauszuge-

ben. Handlungsempfehlungen, die unter dem Vorsitz von Dieter Lenzen, eine stärkere Neoliberalisierung und Privatisierung des Bildungssystems bedeuten - Forderungen einer AfD-Bildungspolitik (s. Letzte Ausgabe der Out of Dahlem). Der Name Lenzen ist an der FU v.a. bekannt, weil unter seiner Führung als Präsident der FU eine Entdemokratisierung bzw. Verwirtschaftlichung der Unistruktur stattgefunden hat. Weniger bekannt ist, dass er als Präsident beurlaubt auf der Professur für „Philosophie der Erziehungswissenschaften“ saß, die nach seinem Weggang ebenfalls nicht wieder besetzt wurde.

Auswirkungen und Macht der Erziehungswissenschaft

Was sind die Folgen, die eine Erziehungswissenschaft, wie sie an der FU und anderswo dominiert, auf gesellschaftliche Wirklichkeit hat? Die Kritik, die sie selber erlaubt, beschränkt sich darauf, Testergebnisse als mehr oder weniger objektiv, reliabel und valide zu verstehen. Dafür helfen dann Vertrauensintervalle, Paralleltests oder andere (zumeist absurd scheinende Maßnah-



men). Hier zeigt sich die Grenze einer naturwissenschaftlichen Empirie, die man versucht auf eine Gesellschaftswissenschaft zu übertragen. Eine konsequente Kritik muss gänzlich andere Fragen stellen: Sie fragt nach den machtvollen gesellschaftlichen und persönlichen Auswirkungen auf die Subjekte des Lernens. Sie fragt nach dem heimlichen Lehrplan einer quantifizierten Bildung. Diese Folgen sind dabei so machtvoll wie vielfältig:

Eine große Folge liegt - ganz allgemein - in einer von Freerk Huisken polemisch (aber nicht ganz unzutreffend) als „Verdummung“ bezeichneten stupiden Wissensreproduktion durch Tests - beinahe die Grundlage jeglicher quantitativer Bildungsforschung. Tests zeigen die Absurdität des entgegengesetzten Verhältnisses von Noten und Bildung besonders deutlich. Zu einem bestimmten Zeitpunkt muss ein ganz exakt bestimmtes Wissen vorhanden sein - politisch durch Lehrpläne verschrieben. Für die Konzeption eines Tests, den wir Lehramtsstudierenden im Studium erstellen müssen, lernen wir einzuteilen, wie viele Punkte wir für welche Wissensreproduktion vergeben. Dabei wird klar: Je freier die Aufgabenstellung, umso schwieriger die Punktevergabe. (Also doch lieber nach exakt bestimmten Antworten fragen?!) Hier wird ersichtlich, was für einen engen Rahmen sich die quantitative Erfassung von Wissen selber schafft und welche konkreten Auswirkungen dies auf die Auswahl von Bildungswissen hat. Letztlich wird damit eine in Inhalt und Form selbstbestimmte Bildung verhindert. Die Universität passt sich derweilen an dieses Wissensmuster

an: Reproduktion und Abfragen eines bestimmten, unhinterfragten auswendig gelernten Wissens - ohne Reflexion über gesellschaftliche Auswirkungen. In vielen Fächern wird der Anteil der Theorie gekürzt. In der Lehramtsausbildung spielen bildungstheoretische und soziologische Fragen (geschweige denn emanzipatorische Fragen von Bildung) kaum noch eine Rolle. Auch die freie Wahl der Inhalte verschwindet im „verschulten“ Bachelor. Die Universität wird zur Massenabfertigung anstelle kritische Köpfe auszubilden (eine Aufgabe, die eigentlich schon in der Schule stattfinden sollte). Anstelle einer Bildung, die die Subjekte ins Zentrum rückt, werden alle Lernenden zu bloßen Objekten.

Die Auswirkungen einer quantitativen Bildungsforschung beschränken sich jedoch nicht nur auf die Verengung eines Bildungsbegriffs auf messbares Testwissen. Thomas Jahnke schreibt zur wissenschaftlichen Aussagekraft: „Die Realität ist - zumindest vermeintlich und in messbaren Aspekten - verdoppelt worden, sie liegt nun auch in Ausschnitten in digitaler Form vor, die man nun ihrerseits wieder in Worte fasst und diese als Erkenntnis ausgibt. Eine Auseinandersetzung mit der Sache bleibt aus, man setzt sich allenfalls mit den statistischen Resultaten auseinander.“ Wie gefährlich diese „vermeintlich messbaren“ Aspekte für sich alleinstehend sind, zeigt die folgende Kritik: Quantitative Bildungsforschung kategorisiert in den Tests in besonderem Maße gesellschaftliche Gruppen. Damit werden ableistische, klassistische, rassistische und sexistische Diskurse bedient - entgegen dem

so fernen Ideal einer inklusiven Schule und Gesellschaft. Zusammen mit der Selektionsfunktion der Schule werden diese gesellschaftlichen Diskriminierungsstrukturen in besonderem Maße wirkmächtig:

1) *Ableismus*: Schon die Verteilung unseres Bildungssystems ist - was Fragen einer emanzipatorischen Gerechtigkeit angehen - absurd genug. Die Förderschulen sind dabei am offensichtlichsten Teil eines gesellschaftlich verankerten Ableismus - aller Integrationsdebatten zum Trotz: Noch existieren sie. Die Individualpsychologie, die an der FU eng mit der Erziehungswissenschaft verknüpft ist, sorgt zudem dafür,

dass Kategorien wie ADHS auch ja weiterhin als Krankheit definiert bleiben. Gesellschaftlichen Ursachen wird in der Individualpsychologie dabei keine Aufmerksamkeit geschenkt.

2) *Klassismus*: Den Klassismus des mehrgliedrigen Schulsystems hat mein Cousin, Lehramtsstudent in Hamburg, sehr treffend mit folgendem Satz auf den Punkt gebracht: „Die Aristokratie hat ja früher auch nicht das Ständesystem kritisiert.“ Die klassistische Kategorie bildungsfern (was bitte ist das denn für ein Wort?) hat nach Meinung von Gymnasialeltern und leider auch allzu häufig Lehrkräften und vielen an-



deren gefälligst in ihrer Kategorie zu bleiben. Dafür ist die Mehrgliedrigkeit halt die beste Lösung. Und weil sich gesellschaftliche Eliten – meist dank ihrer Privilegien und ohne es selber zu merken – reproduzieren wird auch nicht an der Schulform des Gymnasiums gerüttelt.

3) *Rassismus/Nationalismus: Der quantitativen Bildungsforschung haben wir zudem unter der Kategorie „Migrationshintergrund“ eine extreme Reproduktion rassistischer Vorurteile zu „verdanken“, die nicht fähig ist nach den Ursachen zu fragen. Aber nach Ursachen fragen, kann und will diese Form der Empirie auch gar nicht, weil sie ja für sich spricht und damit „objektiv“ ist. Während man also die (momentan auch besonders anti-muslimischen) rassistischen und nationalistischen Strukturen, die bspw. im Verhalten Weißer Lehrkräfte und einer Normierung des Lehrplans und der Bildungsmaterialien an der Mehrheitsgesellschaft deutlich werden - gar nicht erst betrachtet, guckt man sich stattdessen die Auswirkungen an und reproduziert damit Vorurteile ohne Ende. Dass Klassismus und Rassismus in der gesellschaftlichen Debatte über Schule beinahe immer zusammenwirken, zeigt wie weit die Gesellschaft und das Bildungssystem vom inklusiven Ideal entfernt ist.*

4) *Sexismus: Im Hinblick auf Sexismus ist die Kategorisierung auch nicht besser: Es werden statistische Unterschiede zwischen Männern*

und Frauen aufgezeigt, die dabei jedoch niemals nach gesellschaftlicher Konstruktion und Machtverhältnissen von (auch mehr als zwei) Geschlechtern fragen. Die für sich stehende Darstellung sorgt somit letztlich für die Reproduktion sexistischer Zweiteilung und oft genug einer Verfestigung ihrer Vorurteile.

Diese Problematik der vereinfachten Kategorisierungen könnte man vermutlich noch mit anderen Formen fortsetzen. Sie macht deutlich, dass Wissenschaft und Forschung alles andere als außerhalb unserer Gesellschaft stehen. Im Gegenteil: Sie sind ein riesiges Machtmittel in gesellschaftlichen Debatten, denn schließlich könne man ja nun dieses und jenes in Prozenten ausdrücken.

Alternativen ?

Auch Portfolios sind zur Selektion geeignet, da sie eine „direkte Leistungsvorlage“ sind. Das lernen wir in der Vorlesung „Diagnostik,...“. Wo aber kommen wir hin, wenn selbst die selbstgewählte und -reflektierte Bildung letztlich der Selektionslogik dienlich gemacht werden kann? Bildung einfach als Selbstzweck betrachten zu können, die v.a. aus intrinsischer Motivation folgt, scheint in einer kapitalistischen Gesellschaft mit ihrer Verwertungs- und Selektionslogik unmöglich zu werden. Man müsste sich geradezu Freiräume ohne Bewertungs- und Selektionslogik schaffen. Die offene Frage dabei ist nur: Wie? Ich könnte hier versucht sein, wirklich offenen Unterricht (nicht den „geöffneten“) und / oder demokratische Schulen als Lösung darzu-

stellen. Aber auch in diesen Formen der institutionalisierten Bildung gilt es immer, selbstreflexiv zu fragen, wie ökonomische Zwänge und gesellschaftliche Diskriminierungs-/ Machtstrukturen Einfluss finden. Eine Etablierung „freier Bildung“ innerhalb dieser Zwänge und Hierarchien muss sich immer wieder darauf gefasst machen auf Widerstände und Interessen zu treffen, die – weil ausgestattet mit mehr Macht und Privilegien – die Idee freier und selbstbestimmter Bildung boykottieren können.

Eine Aufgabe der „Kritik der Erziehungswissenschaft“ wäre, zu überprüfen, wie im Kapitalismus überhaupt Bildung im Sinne von Selbstbildung stattfinden kann oder ob dies nur eine Illusion ist, der sich die Gesellschaft und im Besonderen angehende Lehramtsstudierende aussetzen. Zumindest für eine kapitalismuskritische Analyse der Gesellschaft und des Bildungssystems gibt es gute Ansätze. An dieser Stelle seien v.a. Freerk Huiskens Werk „Zur Kritik bürgerlicher Didaktik und Bildungsökonomie“ und Paulo Freires „Die Pädagogik der Unterdrückten“ empfohlen. Beide Werke haben trotz ihres Alters (1972 und 1970) nichts an ihrer Aktualität verloren. Während Huiskens aus einer marxistischen Perspektive einen historischen Abriss mit dem Verhältnis von Kapitalismus und Wissenschaft/Schule in Deutschland darstellt, gibt der Brasilianer Freire Anregungen für eine alternative Pädagogik

und betrachtet zudem (post)koloniale Auswirkungen eines imperial exportierten Bildungssystems.

Im Hinblick auf Bildungssoziologie sind v.a. Pierre Bourdieu und seine Studien zu sozialem, kulturellem und finanziellem Kapital interessant. Basil Bernstein beschäftigt sich dagegen mit Bildungssoziologie in der Übertragung auf Prozesse des Unterrichts und der Institution Schule.

Nicht zu vergessen sind in diesem Weißen Männerkanon selbstverständlich feministische, anti-rassistische und – allgemeiner gedacht – intersektionelle Perspektiven und Formen, wie der Anti-Bias Ansatz. Außerdem braucht es eine Schulkritik, die sich explizit aus adultistischer Perspektive – dem Machtverhältnis zwischen Erwachsenen und Kindern/Jugendlichen – mit dem Thema Bildung befasst. Wer sich an der FU nicht selber darum kümmert, diese Perspektiven kennen zu lernen, wird sie in der Lehre mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht (mehr) zu hören bekommen.

Von ann-kristin buck

... mehr Informationen

nützliche Anlaufstellen

Offizielle Homepage des AStA FU Berlin

www.astafu.de

Semesterticketbüro des AStA FU

www.astafu.de/semix

Fachschaftsinitiativen der FU

<http://fachschaftsinitiativen.de.vu>

Offizielle Homepage des AStA TU Berlin

<https://asta.tu-berlin.de/>

Referent_innenrat der HU Berlin

<http://www.refrat.de/>